

- * **Gespräch** – Warum die Uni eine Ombudsperson braucht 27
- * **Begegnung** – Edgar Braunschweig bevorzugt Originale 30
- * **Forschung** – Mathematiker entlarven falsche Testamente 24

Juni 2006

129

UniPress *





Deloitte.

Klarheit.

*Haben Sie einen wachen Blick
und einen scharfen Sinn für das
Wesentliche? Kommen Sie zu uns.*

Mit 120'000 Mitarbeitenden weltweit ist Deloitte ein führendes Unternehmen rund um Audit, Tax & Legal Services, Consulting, Financial Advisory Services und Enterprise Risk Services. Wenn wir Sie für ein Gespräch gewinnen, gewinnen Sie Klarheit über eine interessante Karriere.

Schreiben Sie unverbindlich an Chantal Gasche: cgasche@deloitte.com

www.deloitte.ch

ZIVILGESELLSCHAFT

Die «Zivilgesellschaft» erfreut sich als Schlüsselwort der politischen Analyse grosser Beliebtheit. Ob im Zusammenhang mit Naturkatastrophen, gesellschaftlichen Unruhen, Akten des politischen Ungehorsams oder als Instanz der demokratischen Kontrolle – immer wieder ist von der Rolle der «Zivilgesellschaft», von ihren Organisationen und Netzwerken die (hoffnungsvolle) Rede.

Vor etwa 15 Jahren wurde das alte Konzept der «bürgerlichen Gesellschaft» unter dem Titel «Zivilgesellschaft» wiederentdeckt. Zeithistoriker haben die demokratischen Umbruchprozesse in Osteuropa Ende der 1980er Jahre als Folge einer sich selber organisierenden Gesellschaft im Kampf gegen einen maroden Staat gedeutet. Damit war der Interpretationsteppich ausgerollt; je stärker seither die Krisensymptome staatlicher Macht und Politik ins Blickfeld gerieten, desto grösser wurden die Hoffnungen in die Regelungsfähigkeit nichtstaatlicher gesellschaftlicher Netze und Organisationen. Unterschwellige Erwartungshaltung: Wenn der Staat versagt, wird es die Zivilgesellschaft schon richten.

Sind die Hoffnungen berechtigt? Kann der fortlaufende Bezug auf die Zivilgesellschaft als Allheilmittel gegen die Brüche in unseren Gesellschaften mehr als eine blossе Beschwörungsformel sein? Wir haben Wissenschaftler aus verschiedenen Bereichen um Einschätzungen gebeten. Unser Thema, ab Seite 5.

Wie geht es eigentlich unseren Kindern? Lea geht nicht gern zur Schule. Jan wird immer dicker. Nina ist am liebsten allein. Wir kennen alle Einzelbeispiele; generalisierbar sind die Eindrücke nicht. Das Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Bern hat nun in Zusammenarbeit mit Kindern einen Fragebogen entwickelt, in dem die Kinder selber über ihre Lebensqualität Auskunft geben. Siehe Forschung, ab Seite 19.

Miteinander reden und Konflikte anpacken, wenn sie auftauchen – das ist nicht einfach. In der Arbeitswelt sind Konflikte normal; die Universität ist keine Ausnahme. Es ist klug, sie frühzeitig zu lösen und nicht eskalieren zu lassen. Die Universität Bern folgt den positiven Erfahrungen anderer Hochschulen und setzt eine Ombudsperson ein. Rubrik Gespräch, ab Seite 27.

Smart and simple: So sind die Dinge, die Edgar Braunschweig am liebsten mag. Mac Computer und Fahrräder entsprechen diesen Vorstellungen. Aber auch sein 60jähriger Alfa Romeo ist für den Mitarbeiter der Informatikdienste ein willkommener Ausgangspunkt, um über die Nachhaltigkeit von Produkten und Prozessen zu philosophieren. Rubrik Begegnung, ab Seite 30.

Wir wünschen eine ergiebige Lektüre.

Marcus Moser





Wir gratulieren
unserer Mitarbeiterin
Katherine Linke
zu ihrem gelungenen
Auftritt in
der Savoy-Bar.

Katherine Linke, Zürich
Tax

Man muss nicht überall top
sein. Uns genügt, wenn unsere
Mitarbeitenden in Audit, Tax und
Advisory zu den Besten zählen.

Wir suchen die Besten.

Inhalt



FORSCHUNG UND RUBRIKEN

Forschung

- 19 **Sozialmedizin:** Kidscreen – ein Fragebogen, der Schule macht.
Von Manuela Reimann Graf
- 21 **Biologie:** Auge in Auge mit dem Uhu.
Von Bettina Jakob
- 24 **Biometrie:** Wessen Handschrift? Wessen Finger?
Von Manuela Reimann Graf

Rubriken

- 1 **Editorial**
- 27 **Gespräch**
Christoph Pappa – «Die Ombudsperson braucht einen gesunden Menschenverstand».
Von Astrid Tomczak-Plewka
- 30 **Begegnung**
Edgar Braunschweig – Typisch Untypisch.
Von Marcus Moser
- 32 **Meinung**
Die Bedeutung von Sigmund Freuds Entdeckungen heute.
Von Kurt Laederach-Hofmann
- 34 **Bücher**
- 35 **Impressum**

THEMA ZIVILGESELLSCHAFT

- 5 Historische Wenden: Die Zivilgesellschaft tritt auf.
Von Joachim Eibach
- 7 Neue Soziale Bewegungen als Träger der Zukunftsgesellschaft?
Von Hans-Rudolf Wicker
- 11 Islamische Welt: Zivilgesellschaften als Gradmesser für die Demokratie.
Von Reinhard Schulze
- 13 Wenn Frauen den Staat überwachen.
Von Claudia Michel
- 16 Frieden schaffen ohne Waffen: Der Beitrag der Zivilgesellschaft.
Von Thania Paffenholz und Christoph Spurk

Bilder zum Thema: *Annette Boutellier*



Historische Wenden: Die Zivilgesellschaft tritt auf

Anfang der 1980er-Jahre zwang die Solidarnosc-Gewerkschaft in Polen die Mächtigen in die Knie, andere Umwälzungen in Mitteleuropa folgten. Am Schluss fiel die Mauer. Ein Sieg der Zivilgesellschaft. Seit der Öffnung des eisernen Vorhangs ist der Begriff in aller Munde. Historisch betrachtet, tritt die Zivilgesellschaft in Zeiten des Umbruchs auf.

Von Joachim Eibach

Als im vergangenen Sommer der Hurrikan «Katrina» die Stadt New Orleans lahm legte, kommentierte die «Süddeutsche Zeitung»: «In New Orleans kollabiert Amerikas Zivilgesellschaft». Damit war gemeint, dass die Katastrophe soziale und ethnische Schieflagen der US-amerikanischen Gesellschaft zutage förderte. Die am schlimmsten Betroffenen waren augenscheinlich arme Afroamerikaner. Regierung und Verwaltung scheiterten im Bemühen um schnelle Hilfe und effektiven Schutz. Vor allem aber: Im Moment der Krise versagte das «geheiligte amerikanische Prinzip der Eigenverantwortung» der Bürger. Auch das Aufflammen von Unruhen in der «banlieue» französischer Grossstädte im Herbst verstanden manche Kommentatoren als Testfall für das Funktionieren der Zivilgesellschaft. Auf dem Spiel stand nicht weniger als das friedliche Zusammenleben im demokratischen Rechtsstaat bei zumindest relativer Chancengleichheit für alle. Die Intensität der Gewalt schockierte. Betroffene Bürger und Nachbarschaften wirkten hilflos, die staatlichen Organe Frankreichs paralytisch. Was war schief gelaufen in ihrer, in unserer Zivilgesellschaft?

Die Emanzipation des Bürgertums
«Zivilgesellschaft» ist seit einigen Jahren ein Schlüsselwort von Sozialwissenschaftlern und Autoren auf der Hintergrundseite grosser Tageszeitungen. Gibt man «Zivilgesellschaft» in die Suchmaschine Google.ch ein, so erhält man aktuell über zwei Millionen Treffer. Der Begriff hat Konjunktur, ist vieldeutig und schillernd. Die Sache an sich ist nicht neu. Von historischer Warte aus betrachtet, hat Zivilgesellschaft vieles

gemeinsam mit der bürgerlichen Gesellschaft, die sich seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert schubweise gegenüber dem alten Obrigkeitsstaat emanzipierte. Aufklärung, Revolution und Reform lauten hier die Koordinaten. Bereits in der Ständegesellschaft Alteuropas hatte es eine «societas civilis» gegeben, mit Wurzeln in der antiken Philosophie. Es gab Selbstorganisation und korporative Freiheiten von Bürgerzünften und Bauerngemeinden. Neu war aber, dass man seit der Aufklärung naturrechtlich vom Individuum, dem mündigen Bürger, her dachte. In der klassischen Formulierung Immanuel Kants von 1793 sollte die neue Gesellschaft der Zukunft nicht nur «Freiheit» und «Gleichheit» der Menschen gewährleisten, sondern auch «die Selbstständigkeit jedes Gliedes eines gemeinen Wesens [des Gemeinwesens] als Bürger». Damit war eine Utopie entworfen, die sich an der politisch-sozialen Wirklichkeit im ausgehenden Ancien Régime heftig brach. Und auch heute noch ist sie weniger Realität als vielmehr Ideal und Anspruch.

Prinzip der Freiwilligkeit

Ein Kerngedanke der neuen Bürgergesellschaft war, so der Historiker Jürgen Kocka mit Blick auf die Ideen von Kant, «die sich selbst organisierende Freiwilligkeit der Bürger». Anders als die alteuropäischen Zünfte basierten die neuen Assoziationsformen der Bürgergesellschaft, zuvorderst die Vereine, später die politischen Parteien, auf freiwilliger Mitgliedschaft. Die frühen Liberalen nach 1800 erhofften sich eine Zukunft mit möglichst wenig Staat und möglichst viel freiwilliger Vereinigung der Bürger. Der Fortschritt der Aufklärung und die Industrialisierung würden schon dafür

sorgen, dass sich all die Untertanen zu mündigen, selbstständigen Bürgern ohne zu grosse Klassenunterschiede ausbilden konnten. Bekanntlich lief die Geschichte aber anders. Mit der Hochindustrialisierung ab Mitte des 19. Jahrhunderts wuchs nicht etwa die überall in Europa relativ schmale Schicht der ökonomisch selbstständigen Bürger. Vielmehr sorgten die enormen Umwälzungen für ganz neue soziale Gegensätze. Das beklemmende Elend des Industrieproletariats konterkarierte zusehends die liberale Utopie einer «klassenlosen Bürgergesellschaft». Auch das bürgerlich-liberale Politikmodell geriet spätestens seit den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in ein Dilemma. Sollte sich der Staat nun aus der Sphäre des Marktes gänzlich heraushalten, oder sollte er intervenieren, um Folgekosten wirtschaftlicher Krisen erträglicher zu gestalten? Dies ist bis heute Gegenstand heftiger Debatten.

Abschied vom «Bürgerlichen»

Was hat die Krise der bürgerlich-liberalen Utopie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit der aktuellen Attraktivität des Begriffs «Zivilgesellschaft» zu tun? Auf den ersten Blick gar nichts, auf den zweiten Blick viel! Denn die radikale Kritik von Karl Marx und anderen Führern der Arbeiterbewegung zielte darauf ab, Grundüberzeugungen des Bürgertums als bourgeois Klasseninteresse zu demaskieren. Seither, und erneut im Anschluss an die 68er Revolte, hatte alles, was den Anschein von Bürgerlichkeit besass, für viele einen Beigeschmack. Als Utopie schien «Bürgerliche Gesellschaft» endgültig ausgedient zu haben. Ein Modell, das «Bürgerlichkeit» auf seine Fahnen schrieb, lag ausserhalb

des Sagbaren. Denn «bürgerlich» wollte – bis weit ins konservative Lager hinein – eigentlich niemand mehr sein. Es bedurfte deshalb eines neuen Leitbegriffs: Die klassische Vokabel «societas civilis» wurde vor etwa 25 Jahren als «Zivilgesellschaft» («Civil Society») wieder belebt. Die Sache wurde neu erfunden. Dafür zeichneten sich nun Dissidenten in Ostmitteleuropa wie z. B. Vaclav Havel oder die Solidarnosc-Bewegung in Polen verantwortlich. Sie forderten die Selbstständigkeit freiwilliger gesellschaftlicher Organisationen und Opposition gegenüber den Zugriffen des Staatssozialismus. Seit dem Erfolg der friedlichen Revolutionen in den Ländern Ostmitteleuropas ist der Begriff nun in aller Munde. Manches am Modell der Zivilgesellschaft ist aus der bürgerlichen Gesellschaft wohl bekannt, mit dem kleinen Unterschied aber, dass das Prinzip freiwilliger Selbstorganisation nicht unbedingt ein Bürgertum als Träger benötigt. Deswegen ist «Civil Society» inhaltlich offener und globaler als «Bürgerliche Gesellschaft». Schon die Übersetzung von «bürgerlich» in die Weltsprache Englisch stellt Probleme. In beiden Fällen geht es aber um das solidarische Selbst-Tun der Akteure, die Sicherstellung der Sphäre der Gesellschaft vor Eingriffen des Staates. Dass es einen Unterschied macht, ob dieser Staat ein Fürstenstaat, eine allmächtige Parteidiktatur oder ein demokratischer Rechtsstaat ist, sollte man hervorheben.

In Zeiten des Übergangs

Das Stichwort «Zivilgesellschaft» fällt aktuell immer wieder in Gesellschaften, die sich in einer Übergangsphase befinden und grosse Umwälzungen erleben. Eine solche Epoche des Übergangs war in Mitteleuropa die Zeit zwischen etwa 1750 und 1850, die der kürzlich verstorbene Historiker Reinhart Koselleck die «Sattelzeit» zwischen Alt-europa und Moderne nannte. Im Zuge der

Aufklärung vermochte das althergebrachte Ständemodell, das die Menschen in hierarchische Geburtsstände einteilte, nicht mehr zu überzeugen. Umstürzend war der Wandel auch in der Politik. Nachdem viele Aufklärer zunächst auf Fürsten wie Friedrich II. von Preussen als Reformers gesetzt hatten, geriet nun der Fürstenstaat unter Beschuss. Zugleich formierte sich die Gesellschaft langsam als kritisches «Publikum» der Obrigkeit in neuartigen Assoziationen: den Vereinen. Freiwillige Vereinigungen der Bürger galten den frühen Liberalen des 19. Jahrhunderts ebenso wie heutigen Theoretikern der Zivilgesellschaft als Lebenselixier guter politischer Ordnung. Carl Theodor Welcker, ein führender Vertreter des süddeutschen Liberalismus, forderte vor der 1848er Revolution nicht nur das Bürgerrecht auf freie Assoziation. Er kritisierte alle Formen polizeilicher «Bearingewöhnung und Bevormundung». Dazu sollte der absolutistische Fürstenstaat durch den freien Bürgerwillen nach dem Vorbild einer Assoziation gänzlich umgestaltet werden. Das Ziel war der «allgemeine Staatsverein», dessen Ideal die deutschen Frühliberalen in der konstitutionellen Monarchie Englands erblickten.

Die Bildung von Vereinen

Schon seit Mitte des 18. Jahrhunderts waren sukzessive Vereine verschiedenster Art entstanden: Zusammenschlüsse zur Förderung der Wirtschaft oder der Kultur, Patriotische Sozietäten, Lesegesellschaften, Wohltätigkeits- und Fürsorgevereine etc. Die Mitgliedschaft war individuell, freiwillig und – jedenfalls der Idee nach – nicht an den Stand beziehungsweise die Herkunft gebunden. Zuerst blühte dieses Vereinswesen in den Städten auf, getragen vom gut situierten Bürgertum. Die «Oekonomische Gesellschaft» in Bern zum Beispiel wurde 1759 gegründet. Sie darf als ein

Vorreiter der ökonomisch-patriotischen Vereine gelten, die während der Aufklärung in ganz Europa aus dem Boden sprossen. Typisch ist das Anliegen der Verbreitung von praktischem Wissen in der Bevölkerung. Bei den frühen Vereinen ging es nicht zuletzt auch um Bildung und Geselligkeit. Ein Gegensatz zur Obrigkeit war noch nicht intendiert. Bildung sollte in Zukunft immer wichtiger werden: als Mittel individueller Emanzipation und als Identifikationssymbol des neuen Bürgertums gegenüber Adel und Unterschichten. Spätestens im Verständnis des Frühliberalismus nach 1815, musste ein wahrer Bürger über Besitz und Bildung verfügen. Man ging davon aus, dass alle die gleichen Chancen haben würden, sich das eine wie das andere anzueignen.

Tatsächlich waren die Vereine kein getreues Abbild der Gesellschaft, konnten es auch gar nicht sein. In der «Oekonomischen Gesellschaft» Berns waren die Patrizier tonangebend, anderswo die Pfarrer. In den Mitgliederlisten der frühen städtischen Vereine sucht man weitgehend vergeblich nach einfachen Handwerkern. Frauen blieben lange Zeit ganz ausgeschlossen. Und dass der schreibende Landmann Ulrich Bräker aus dem Toggenburg 1776 in die Lesegesellschaft von Lichtensteig eintrat, ist wohl eine sprechende Ausnahme. Die zunächst elitären Organisationsformen der Bürger wurden aber erfolgreich kopiert. So finden wir im 19. Jahrhundert den Arbeiterbildungsverein und dann den Frauenwahlrechtsverein. Es gehört zum Wesen der Zivilgesellschaft, dass ihre Utopie eines friedlichen, herrschaftsfreien, selbst organisierten Zusammenlebens enorme Wirkung entfaltet. Diese Utopie der Zivilgesellschaft wirkt auch heute noch.

Kontakt: Prof. Dr. Joachim Eibach, Historisches Institut, joachim.eibach@hist.unibe.ch

Neue Soziale Bewegungen als Träger der Zukunftsgesellschaft?

Sie protestieren gegen Atomkraft, kämpfen für die Gleichberechtigung von Homosexuellen, setzen sich gegen die Ausbeutung von Bauern in Lateinamerika ein. Die Rede ist von Menschen, die sich in «Neuen Sozialen Bewegungen» engagieren. Dabei liefern sich die «Bewegten» regelrechte Wettkämpfe: Um mediale Aufmerksamkeit und Besetzung der Themen. Dieser Wettbewerb dürfte sich noch verschärfen.

Von Hans-Rudolf Wicker

Eben wurde in Bolivien Evo Morales als Führer einer ursprünglich indigenen Bewegung durch Wahlen auf den höchsten politischen Posten des Landes katapultiert. In Brasilien macht die Landlosen-Bewegung seit Jahren von sich reden, in Mexiko sind es die Zapatisten. Das moskautreue Regime Georgiens wurde durch die Rosenrevolution, dasjenige der Ukraine durch die orangene Revolution vertrieben. In Ägypten versucht Mubarak, Islamisten von der Machtergreifung fernzuhalten, und in China setzt das Regime alles daran, im muslimischen Westen eine islamistische Bewegung schon gar nicht erst entstehen zu lassen. Amnesty International kritisiert regelmässig Menschenrechtsverletzungen, Attac macht sich einen Namen mit globalisierungskritischen Manifestationen und Green Peace hat kürzlich im Suezkanal erfolgreich die Clemenceau blockiert. Nimmt man die Frauen-, Schwulen-, Lesben-, Jugend- und die Grauen Pantherbewegungen dazu, so wird schnell einmal deutlich, dass die Liste der «Bewegten» lang ist.

Alte und neue Gespenster

Offensichtlich geht ein neues Gespenst um – und dies nicht allein in Europa sondern auf der ganzen Welt –, das in der sozial-

wissenschaftlichen Fachsprache mit «Neue Soziale Bewegung» (NSB) umschrieben wird. Akademikerinnen und Akademiker sind sich einig, dass der Ursprung von Bürgerrechtsbewegungen in der französischen Revolution zu suchen ist und dass diese wiederum mit der sukzessiven Ausstattung des Citoyen mit zivilen, später mit politischen und noch später mit sozialen Rechten einhergeht. Einigkeit besteht ebenfalls in der Einschätzung, dass spezifische gesellschaftliche Konfigurationen ihre je eigenen sozialen Bewegungen entstehen lassen; je nachdem, wie es die politischen Gegebenheiten fordern, wird den sozialen Bewegungen ein spezifischer Rahmen zur Verfügung gestellt. Innerhalb dieses Rahmens gestalten die Bewegungen ihre inhaltlichen und aktionsorientierten Schwerpunkte. Da sich dieser Rahmen im Zuge gesellschaftlicher Entwicklungen ändert, wandeln sich ebenfalls Inhalte und Bedeutungen von Sozialen Bewegungen. Die Moderne, jene historische Phase, in welcher im Zuge der grossen technologischen Entwicklungen und Industrialisierungen Bauern verarmten, das Proletariat entstand, Städte wuchsen und das liberale Bürgertum politisch den Ton angab, stellte den Rahmen für jene Bewegungen, welche ihre Kraft aus Klassenunterschieden bezie-

ungsweise aus dem Widerspruch von Kapital und Arbeit generierten. Es waren dies vor allem Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen sowie die sozialistische Internationale, folglich das, was Marx als Gespenst an die Wand malte. Entsprechend formierte sich der alte Typ Sozialer Bewegungen zuerst einmal entlang von Klassendifferenzen, und er gründete auf einem mechanisch fundierten universalistischen Denken, zum Beispiel in der Vorstellung, dass sich die Arbeiterklasse – unabhängig von ihrer jeweiligen nationalen, religiösen oder ethnischen Herkunft – für den gemeinsamen Kampf gegen das Bürgertum zu solidarisieren hätte. Klasse und Universalismus waren auch die Kriterien, welche den in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgenden Bauernbewegungen zugrunde lagen. So ordneten sich etwa die rebellierenden Bauern Lateinamerikas bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein mehrheitlich der Klasse der Campesino zu und nicht spezifischen indianischen, mestizischen, kreolischen oder nationalen Gruppen.

Rasse, Religion, Geschlecht

Nach dem zweiten Weltkrieg verloren Klasse und Universalismus definitiv an Mobilisierungskraft, während gleichzeitig partikularistische und differenzialistische Kriterien an Bedeutung gewannen. Neue Soziale Bewegungen (NSB) – deren Ursprung in der amerikanischen Black Movement gesehen wird – zeichnen sich vermehrt dadurch aus, dass sie auf – um einen Begriff des Soziologen Edward Shils zu verwenden – Primordiale Kategorien zurückgreifen, wie da sind Rasse, Ethnizität, Religion, Geschlecht und Natur. Ein Blick auf NSB der letzten Jahrzehnte zeigt denn auch, dass die Instrumentalisierung von Identitätsangeboten, die aus dem Fundus des Primordialen stammen, sich weit besser zur Mobilisierung von Zivilbevölkerungen eignen und tiefer greifendere Wirkung entfalten als solche, die einem universellen

oder klassenbezogenen Geltungsanspruch verpflichtet sind. Erinnert sei etwa an die Frauen-, Schwulen- und Lesbenbewegungen, denen es vor allem in Ländern der ersten Welt gelungen ist, das Gleichheits- und Nichtdiskriminierungsprinzip neu zu positionieren. Oder an die Indigenenbewegungen in den verschiedenen Teilen Amerikas, als deren grosser Erfolg zu verzeichnen ist, dass heute praktisch alle Länder dieses Kontinents den auf First Nations hinzielenden Minoritätenschutz auf Gesetzesebene oder sogar in der Verfassung verankern konnten.

Grosse Wirkung, wenig Nachhaltigkeit

Die Hinwendung zu partikularistischen und differenzialistischen Prinzipien zur Begründung und Gestaltung von zivilgesellschaftlichem Protest bringt sowohl Vor- als auch Nachteile mit sich. Vorteile sind vor allem darin zu sehen, dass NSB, die entlang primordialer Bindungen mobilisieren, Schicht- und Klassengrenzen ohne weiteres zu überspielen vermögen. Umso wichtiger werden Identitäten, die sozusagen als Klammern Schichtunterschiede unsichtbar machen. Soziale Ungleichheit wird mit quasi natürlich gegebener Schicksalsgemeinschaft verknüpft, was die Organisation von kollektivem Handeln erleichtert.

Die Erfahrung zeigt freilich, dass kollektives Handeln, das auf gemeinsame Identitäten gründet, relativ schnell an die Grenzen möglicher Mobilisierung stösst. Je enger Identitäten definiert werden, die eine soziale Bewegung legitimieren, desto schwieriger wird es, in einem gegebenen Zeitpunkt über den gesetzten Rahmen hinaus – z. B. über jenen des Geschlechts, der Ethnie oder der religiösen Gemeinschaft – Mitglieder anzuwerben. Paradoxerweise zeigt die Praxis, dass NSB mit geschlossenen Ideologien – insbesondere solche mit religiösen oder ethnischen Inhalten – zwar nach Aussen kaum gesellschaftlichen Wandel zu initiieren vermögen, jedoch gewöhnlich als Bewegung eine stabile Struktur aufweisen. NSB mit einem ideologisch offenen Rahmen wiederum erzeugen nicht selten eine respektable Aussenwirkung, im Innern jedoch sind sie oft fragil und nicht selten haben sie nur eine relativ kurze Lebensdauer. Der Grund für dieses Paradox findet sich im Trittbrettfahrerphänomen. Offene NSB wie z. B. Grünen-, Naturschutz- sowie Demokratiebewegungen – etwa jene in ehemaligen Sowjetstaaten – und in Teilen ebenfalls die Frauenbewegung, leiden nicht selten am Bekanntheitsgrad und an der zivilgesellschaftlichen Akzeptanz, die sie verzeichnen. Solche NSB greifen zivilgesellschaftliche Themen auf, die sozusagen im Zeitgeist liegen und Teil eines sich

bereits ankündigenden – um einen Begriff von Sidney Tarrow zu verwenden – neuen Protestzyklus sind. Nach einer ersten, oft dramatisch verlaufenden Phase folgt eine zweite, in welcher sich der Erfolg erst eigentlich einstellt, ein Erfolg allerdings, der in sich widersprüchlich ist. Postulierte Werte und Prinzipien finden in der Zivilbevölkerung zusehends Anerkennung, was allerdings den NSB kaum neue Mitglieder, jedoch viele Sympathisanten bringt. Free Rider-Syndrome dieser Art können Soziale Bewegungen schwächen. So stärkt der Verkauf von Bio-Gemüse in Detailhandelsgeschäften die Grünenbewegung ebenso wenig, wie die Nutzung von feministischen Inhalten in Reportagen von Hochglanzmodemagazinen der Frauenbewegung zusätzlich Mitglieder bringt. Wollen die an Auszehrung leidenden NSB nicht in der Senke verschwinden, müssen sie sich entweder in politische Parteien verwandeln, oder aber sie sind gezwungen, sich neu zu positionieren und mit revidierten Themen und skandalträchtigen Ereignissen eine weitere dramatische Phase einzuläuten.

Die Zukunft von Sozialen Bewegungen

Soziale Bewegungen haben ihren Ursprung in Zivilgesellschaften, in derjenigen Sphäre also, die zwischen jener des Individuums und jener des Staates eingeschoben ist. Mit Hannah Arendt kann gesagt werden, dass diese zivilgesellschaftliche Sphäre im Zuge der Modernisierung wächst. Folgerichtig ist nicht zu erwarten, dass Soziale Bewegungen an Bedeutung verlieren. Sie werden auch in Zukunft neue politische Opportunitätsstrukturen nutzen und sowohl auf den Zeitgeist reagieren, als auch diesen mitformen. Welche Themen in einem künftigen Protestzyklus durch NSB besetzt werden, ist allerdings weniger klar. Was zu Sorge Anlass gibt, ist die Tatsache, dass heute der Zeitgeist mehr auf Schliessung denn auf Öffnung ausgerichtet ist, mehr auf Partikularistisches denn auf Universelles, mehr auf das Eigene denn auf das Fremde. Dies lässt vermuten, dass in der näheren Zukunft jene Sozialen Bewegungen Erfolge verzeichnen werden, die im Markt der Aufmerksamkeiten und im Wettbewerb um Symbole und gesellschaftsrelevante Probleme noch stärker als bisher die primordiale Thematik zuspitzen. So betrachtet lässt die aufkommende Wertediskussion, die den neuen Orientierungsrahmen für Soziale Bewegungen abstecken und definieren wird, nichts Gutes erahnen.

Kontakt: Prof. Dr. Hans-Rudolf Wicker,
Institut für Sozialanthropologie,
hans-rudolf.wicker@anthro.unibe.ch





Islamische Welt: Zivilgesellschaften als Gradmesser für die Demokratie

Wer loyal ist, bekommt Hilfe: Nach diesem Prinzip funktionieren islamische Solidaritätsnetzwerke und ernten damit politischen Erfolg. Eine zivilgesellschaftliche Ordnung, die ihre Netzwerke frei zugänglich macht, wird von vielen islamischen Staaten verhindert.

Von Reinhard Schulze

Zivilgesellschaftliche Prozesse gelten heute allgemein als Garant für eine funktionierende Demokratie, in der Partizipation auf der Anerkennung der Interessensberechtigung anderer Gruppen und Gemeinschaften beruht. Die Beteiligung an der politischen Ausformung der Machtbezüge wird durch einen Interessenswettbewerb gestaltet, in dem die freie Artikulation der Einzelinteressen durch den Staat geschützt wird. Die Zivilgesellschaft tritt so als informeller Verband zwischen die privat organisierten Lebenswelten und die politischen Institutionen des Staates, vermittelt auch ökonomische Marktinteressen und fördert die Verantwortung des Staates für die soziale Versorgung und die Solidarität. Das Funktionieren einer Zivilgesellschaft beruht schliesslich auf einem kulturellen Konsens: die eigenen Traditionen werden so ausgelegt, dass die Zivilgesellschaft als moderne Fortschreibung eigener Werte erscheint.

Die politische Bedeutung von Zivilgesellschaften für die Durchsetzung von Demokratie und Pluralismus hat weltweit in den letzten 20 Jahren an Bedeutung gewonnen. So ist es wenig verwunderlich, dass auch die Länder des Nahen und Mittleren Ostens danach bewertet werden, ob und wenn ja in welchem Umfang, sich dort Zivilgesellschaften herausgebildet haben. Viele Politiker und Intellektuelle in diesen Ländern haben sich immer wieder für den «Aufbau»

einer Zivilgesellschaft ausgesprochen. Diese Wortwahl ist natürlich nicht wörtlich zu nehmen. Zivilgesellschaften können nicht aufgebaut werden. Vielmehr entstehen sie dort als soziale Selbstorganisation, wo die entsprechenden ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen dies ermöglichen.

Zivilgesellschaften haben dort eine hohe Akzeptanz und Durchsetzungskraft, wo sie durch einen kulturellen Konsens zwischen Staat und Gesellschaft gestützt werden. Daher haben sich in den letzten Jahrzehnten viele islamische Politiker darum bemüht, den Islam selbst als Grundlage für einen solchen Konsens zu mobilisieren. Sie konfigurieren die islamische Tradition in dem Sinne, dass er selbst als ethische Grundlage für die Zivilgesellschaft nutzbar wird. Grundlegende Werte der Zivilgesellschaft wie freier Austausch von Interessen, Gleichheit in Bezug auf den Zugang zu den Instituten der Zivilgesellschaft und durch den Staat gestützter Solidaritätstausch, werden heute gerne mit Grundanliegen der islamischen Tradition in Verbindung gebracht.

Hilfe für Loyalität

Dieser vielfach positiv gewertete Prozess scheitert aber oft an den Machtansprüchen der Eliten, die die staatliche Autorität bestellen. Sie misstrauen grundsätzlich der

freien Entfaltung einer Zivilgesellschaft und fördern diese allenfalls nur dann, wenn die staatliche Autorität unangetastet bleibt. Die Politik der syrischen Regierung ist hierfür ein gutes Beispiel. Sie spricht sich zwar für die Ausgestaltung einer Zivilgesellschaft aus, doch beharrt sie nachdrücklich darauf, dass es die Aufgabe der Regierung sei, die Spielregeln der Zivilgesellschaft zu bestimmen. Diese Zurückhaltung befördert in vielen islamischen Gesellschaften gerade islamistische Gruppen, die sich ihrerseits als Avantgarde eines sozialen Wandels verstehen. Doch im Unterschied zu den Prinzipien der Zivilgesellschaft beschränken diese islamistischen Gruppen ihr Aktionsfeld auf ein fest gefügtes Solidaritätsnetzwerk. Zugang zu diesem Netzwerk, in dem wichtige Bereiche einer Zivilgesellschaft verhandelt werden, haben aber nur jene, die der islamistischen Organisation ihre Loyalität anbieten; dafür gewinnen sie die Solidarität dieser Organisation in vielen wichtigen Fragen des Alltagslebens, etwa wenn es um die soziale Sicherheit, um Bildung oder um andere alltägliche Belange geht. Die palästinensische Hamas kann als Musterbeispiel eines solchen Netzwerks angesehen werden. Diese Netzwerke verhandeln ihre Position innerhalb einer Gesellschaft nicht mit dem Staat, sondern agieren wie eine Opposition gegen den Staat. Konsequenterweise übernehmen sie vielfach Solidaritätsfunktionen, die konventionell eigentlich dem Staat obliegen oder die in einer Zivilgesellschaft frei gehandelt werden.

Solche islamischen Solidaritätsnetzwerke haben sich in den vergangenen Jahren in vielen islamischen Gesellschaften herausgebildet. Ursprünglich waren sie oft nichts anderes als ad hoc-Gemeinschaften im Umkreis einer Moschee oder einer islamistischen Gemeindeorganisation. Ihr Handlungsprinzip war denkbar einfach: als Gegengabe für geleistete Hilfe in Notlagen erwarteten diese Organisationen Loyalität.

Der gescheiterte Sozialstaat

Ende der 1980er Jahre hatte diese Politik islamistischer Organisationen einen fast unerwarteten Erfolg aufzuweisen. Einer der Gründe für diesen offenkundigen Erfolg

lag in der spezifischen Rolle des Staates in vielen islamischen Ländern. Nach dem zweiten Weltkrieg hatte der Staat – gerade auch im Kontext des Antikolonialismus – eine überragende Bedeutung als gesellschaftsregulierende Institution gewonnen. Die Eliten definierten den Staat als Träger eines Modernisierungsprozesses, der auf alle Ebenen der Gesellschaft einwirken sollte. Diese überragende Bedeutung des Staates wurde durch eine Entwicklungsutopie begründet, die den Staat zu einem Hüter eines grundlegenden sozialen Wandels machte. Bodenreformen und die Verstaatlichung der Industrien sollten dem Staat das Einkommen garantieren, das für die soziale Versorgung der Gesellschaft eingesetzt werden sollte. Doch der weltweite ökonomische Wandel in den frühen 1970er Jahren bereitete diesen Entwicklungsutopien ein schleichendes Ende. Der Staat verlor an Finanzkraft, öffnete seine wirtschaftlichen Ressourcen dem Weltmarkt und baute soziale Leistungen kontinuierlich ab. Das Wirtschaftswachstum reichte zudem nicht mehr aus, um dem rasanten Bevölkerungszuwachs gerecht zu werden. Der Mangel an Ressourcen beförderte nun die Korruption, was der sozialen Versorgung weitere Finanzen entzog.

Der Staat konnte seine Versprechungen nicht mehr erfüllen. Dramatisch war die Lage vor allem in jenen Ländern wie in Algerien, Afghanistan, Irak oder Somalia, wo die Eliten in einem besonderen Masse dem Staat die Funktion zugewiesen haben, Leistungsträger der Entwicklungsutopie zu sein.

Im Moment einer Krise zeigte sich dann schnell die strukturelle Schwäche dieser Staaten. Nach dem Erdbeben in Algerien 1988 hatte der Staat keine Mittel zur freien Verfügung, um der betroffenen Bevölkerung zu helfen. Hier traten nun islamis-

tische Gemeindeorganisationen auf und organisierten einen eigenen, staatlich unabhängigen Solidaritätstausch. Soziale und materielle Hilfe wurde gegen Solidarität getauscht, das Ergebnis zeigte sich dann schon im darauf folgenden Jahr, als bei den Kommunalwahlen islamistische Gemeindeorganisationen die absolute Mehrheit erhielten. Eine ähnliche Karriere hatte auch Hamas in Gaza vorzuweisen. Auch sie startete ihren Erfolg 1988, als sie die Verantwortung für die soziale Wohlfahrt übernahm.

Beschränkte Solidarität

Solche Solidaritätsnetzwerke sind nicht Bestandteil einer Zivilgesellschaft, auch wenn sie viele Charakteristika mit ihr teilen. Entscheidend ist, dass der Zugang zu den Netzwerken nicht frei und gleich ist, und dass die Solidarität auf diejenigen beschränkt ist, die eine enge persönliche Bindung mit der entsprechenden Gemeindeorganisation eingehen.

Der politische Erfolg islamischer Solidaritätsnetzwerke ist dort offenkundig, wo entweder dem Staat die materiellen Ressourcen fehlen, um die soziale Wohlfahrt zu finanzieren (Afghanistan), wo diese Ressourcen an bestimmte Eliten gebunden sind (Algerien) oder wo der Staat die politische Freisetzung einer Zivilgesellschaft verhindert (Syrien, Ägypten). In Staaten, die über ausreichend Ressourcen verfügen, um durch Renten die Bevölkerung zu gewinnen, stellt sich das Problem zur Zeit nicht in besonderem Masse (Saudi-Arabien, Golfstaaten).

Der restriktive Staat

Zivilgesellschaftliche Prozesse in der islamischen Welt leiden so zum einen unter der Konkurrenz islamischer Solidaritätsnetzwerke, und zum anderen unter der Macht-

stellung des Staates und der sie tragenden Eliten. Dabei können Anhänger der Zivilgesellschaft durchaus darauf verweisen, dass sie auch aus islamischer Tradition die Grundforderungen einer Zivilgesellschaft (freier und gleichberechtigter Zugang und Nutzung des Angebots und der Ressourcen, gerechter Tausch von Solidarität) verankern können. In den Jahren der Öffnung konnten sich vor allem iranische Politiker damit rühmen, den Islam als Konsensrahmen für eine Zivilgesellschaft ausformuliert zu haben. Doch auch hier gab es klare Grenzen: Durch eine bisweilen rigide Definition des islamischen Konsens durch den Staat wurde die freie Entfaltung der Zivilgesellschaft oftmals radikal beschnitten.

Die Zukunft der Zivilgesellschaften in islamischen Ländern hängt so von zwei Faktoren ab: erstens von der Frage, wie die ökonomischen Ressourcen freigesetzt werden und zweitens von der Bereitschaft der Staaten, den Zivilgesellschaften Möglichkeiten zur Kontrolle des Staates einzuräumen. Doch positive Prognosen sind zur Zeit verfrüht. Viele Staaten in der islamischen Welt begründen ihre restriktive Politik mit dem Hinweis darauf, dass ihr Primat in der Zurückweisung der Machtansprüche der islamischen Solidaritätsnetzwerke liege. Für Verfechter einer zivilgesellschaftlichen Ordnung bedeutet dies oftmals eine fast ausweglose Position.

Kontakt: Prof. Dr. Reinhard Schulze,
Institut für Islamwissenschaft,
reinhard.schulze@islam.unibe.ch

Wenn Frauen den Staat überwachen

Wer sich mit der Zivilgesellschaft beschäftigt, kommt um die Frauenfrage nicht herum. Denn die Zivilgesellschaft wird von Frauen-Organisationen getragen. Umgekehrt gestaltet sich unter dem Einfluss gesellschaftlicher Veränderungen auch die Aufgabe des Feminismus neu. Ein laufendes Dissertationsprojekt zeichnet den Wandel im Schweizer Non-Profit-Sektor der vergangenen zwanzig Jahre nach.

Von Claudia Michel

Die Debatte über die Zivilgesellschaft hat viele Wurzeln. Dieser Klassiker politischer Ideengeschichte, der sich an der Schnittstelle von Familie und Staat situiert, ist auch ein Thema der Geschlechterforschung. Am Anfang dieser Auseinandersetzung steht die Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts. Sie stösst sich im Kampf um das Frauenstimmrecht am «Widerspruch zwischen dem öffentlichen Versprechen der Gleichheit für alle Menschen und der privaten Willkür und Gewalt im Geschlechterverhältnis und im so genannten rechtsfreien Raum der Familie», wie die deutsche Forscherin Ute Gerhard festhält. Radikaler formuliert es die Neue Frauenbewegung in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts. Sie erklärt das Persönliche zum Politischen. Damit bringt sie die Brisanz der Trennung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, wie sie in der liberalen Gesellschaft vorherrscht, ins Bewusstsein. Politische Forderungen wie die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, der Hausfrauenlohn oder die Kriminalisierung von Gewalt gegen Frauen provozierten damals Skandale und versetzten die Öffentlichkeit in Aufruhr. Die Politisierung des Privaten im Feminismus erweitert und vertieft die Reichweite des zivilgesellschaftlichen Begriffs.

Eine weitere Wurzel des Diskurses der Zivilgesellschaft gründet in der internationalen Politik. Die Vereinten Nationen und der Europarat setzen sich zwar aus Regierungen zusammen. Zunehmend sind aber auch zivilgesellschaftliche Akteure, namentlich Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), zu Konferenzen, Seminaren und Kommissionssitzungen eingeladen. Ihr Mittun soll sicherstellen, dass sich Entscheide «oben» auf eine breite Basis «unten» abstützen. Die Macht der NGOs, die Öffentlichkeit zu mobilisieren, ist von Regierungen und internationalen Organi-

sationen gleichermaßen gefürchtet. Auch Frauen-Nichtregierungsorganisationen wissen die Macht der Medien für ihre Zwecke zu nutzen.

Dem Verhältnis von Zivilgesellschaft und Frauen-Organisationen gehe ich im Rahmen meines Forschungsprojektes zu Geschlechtergerechtigkeit und Globalisierung nach. Anlass für die Untersuchung bietet die vierte UNO-Weltfrauenkonferenz in Beijing, die 1995 unter Schweizer Frauen-Organisationen nachhaltig mobilisiert und neue Formen der Politik hervorgebracht hat.

Frauen-Organisationen bei der UNO

In der Schweiz hat die vierte UNO-Weltfrauenkonferenz in der frauenbewegten Szene Spuren hinterlassen. Viele sind 1995 beflügelt von Begegnungen mit Frauen aus allen Weltgegenden aus Beijing zurückgekehrt. Im Verein «NGO-Koordination post Beijing Schweiz» haben sie sich zusammengeschlossen, um die Umsetzung der von der Schweiz mitunterzeichneten Gleichstellungsbeschlüsse voranzutreiben. Für diese Rolle der Staatsüberwachung gibt die UNO den Anstoss. Carolyn Hannan, die Direktorin der Frauenförderungsabteilung der UNO, streicht die Wichtigkeit von Nichtregierungsorganisationen für die UNO heraus:

«NGOs haben in den vergangenen Dekaden wirklich wichtige Beiträge geleistet. Viele der Errungenschaften, die wir auf nationaler Ebene erreichen konnten, kamen, so glaube ich, zustande, weil NGOs kontinuierlich gepusht haben, die Regierungen an ihre Verpflichtungen, die sie eingegangen sind, erinnert haben.»

(Carolyn Hannan, 13/12/04; Übersetzung C.M.)

In den Worten von Carolyn Hannan kommt einer Organisation wie der NGO-

Koordination die Rolle der «Staatsüberwacherin» zu. Als Vertreterin der Zivilgesellschaft kontrolliert sie, ob der Staat seinen Verpflichtungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nachkommt.

Tatsächlich lebt die NGO-Koordination dieser Aufgabe nach. Zuerst spezialisierte sie sich auf die frauenspezifischen internationalen Abkommen der UNO. Danach begann sie, in regelmässigen Abständen der UNO und interessierten Kreisen darüber Bericht zu erstatten, in welchen Bereichen der Bund den UNO-Gleichstellungszielen nachkommt und wo Lücken bestehen. So kritisiert sie, dass es mehrfach unterlassen wurde, die Armut von alleinerziehenden Müttern entschlossen zu bekämpfen. Die Programme zur Förderung von Frauen an den Hochschulen begrüsst sie hingegen sehr. Mit solchen Berichten schafft die Koordinationsstelle Grundlagen, um kontrollierend in die Schweizer Gleichstellungspolitik einzugreifen. Für eine wirkliche Kontrolle reichen diese Massnahmen aber nicht aus. Dazu bräuchte es eine beständige Präsenz in der Verwaltung, in der Politik und in den Medien. Es erfordert Übersetzungen zwischen verschiedenen Entscheidungsebenen und Fachbereichen ebenso wie zwischen Expertenwissen und Alltagssprache. Das sind zu viele Aufgaben, als dass sie eine Handvoll Frauen in grösstenteils ehrenamtlicher Arbeit erfüllen könnten.

Aktivistinnen, Anwältinnen, Managerinnen

Eine Frauen-Organisation, die erfolgreicher den Staat überwacht, ist das Fraueninformationszentrum für Frauen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa, das FIZ. Es ist schweizweit die einzige Fach- und Beratungsstelle zu Frauenmigration

und Frauenhandel. Die Aktivitäten des FIZ spannen einen weiten Bogen von der Einzelberatung zu Verhandlungen mit städtischen, kantonalen und Bundesbehörden bis zu Interventionen in Verhandlungsprozesse der Europäischen Union und der Vereinten Nationen. Dabei agiert die Organisation nicht alleine, sondern im Verbund mit gleichgesinnten Partnerinnen.

Das FIZ blickt auf eine zwanzigjährige, wechselvolle Vereinstätigkeit zurück. Von Anfang an setzte sich die Organisation für Opfer von Frauenhandel ein, die politische Praxis veränderte sich jedoch radikal. Wurde Migration von Frauen aus «Drittwellländern» in westlich-industrialisierte Staaten anfänglich mit Frauenhandel gleichgesetzt und jede «Drittwellfrau» a priori als eine gehandelte Frau angesehen, so entfernte sich das FIZ anfangs der neunziger Jahre von pauschalisierenden Erklärungsansätzen. Der Begriff Frauenhandel konkretisierte sich auf die Elemente Zwang und Täuschung und erstreckte sich auf die sexuellen, emotionalen und häuslichen Bereiche. Dadurch rückten rechtliche Aspekte innerhalb des Territorialstaats Schweiz und innerhalb des Privaten ins Blickfeld. Die Verantwortlichkeit für Frauenhandel ebenso wie die Problemlösung oblag nun gemäss FIZ mehrheitlich den gesetzgebenden und gesetzesausführenden Kräften. Um die Jahrtausendwende hat sich der Akzent erneut verschoben. Zwar rückte das FIZ nicht von seinen politischen und juristischen Forderungen ab. Doch kamen sozialarbeiterische Ansätze vermehrt zum Tragen. Sozialberatung, Projektmanage-

ment und Kooperation brauchte es, um den rechtlichen Handlungsspielraum zugunsten der Opfer von Frauenhandel besser auszuschöpfen. Management-Kompetenzen gehören nicht nur beim FIZ zwingend zum Wissensbestand einer durchsetzungsstarken NGO.

Das Verhältnis des FIZ zu seiner Zielgruppe – den Opfern von Frauenhandel – veränderte sich im Laufe der zwanzigjährigen Vereinsgeschichte ebenso wie dasjenige zum Staat. Zu Beginn stellten sich die NGO-Frauen als politische Repräsentantinnen von Migrantinnen dar. Sie organisierten Demonstrationen vor dem Bundeshaus und spielten den Medien Informationen zu, um die Öffentlichkeit aufzurütteln. Später begab sich das FIZ in eine anwaltschaftliche Position gegenüber den Opfern von Frauenhandel. Mit Petitionen und Lobbying im Parlament setzte es sich für eine menschenwürdige Gesetzgebung ein. Heute versteht es sich wohl am ehesten als Dienstleistungsanbieterin gegenüber seinen Kundinnen. Eine Anlaufstelle ist im Aufbau, die traumatisierte Opfer berät und begleitet. Das Verhältnis zum Staat wandelt sich von einer oppositionellen zu einer kooperativen Beziehung. Als Expertin zum Thema Frauenhandel überwacht das FIZ unter anderem die Einhaltung internationaler Verpflichtungen der Schweiz im Bereich Frauenhandel. Insbesondere betont es die Wichtigkeit des Opferschutzes, der in den UNO-Übereinkommen festgehalten, jedoch von der Schweiz nur ungenügend umgesetzt worden ist. Mit diesem kritisch-konstruktiven Dialog leistet die Organisa-

tion die von Carolyn Hannan eingeforderte Kontrolle des Staates durch zivilgesellschaftliche Akteurinnen.

Professionalisierung ehrenamtlicher Strukturen

Der Fall FIZ mag beispielhaft für eine NGO sein, wie sie in zivilgesellschaftlichen Diskursen beschrieben wird: Die Organisation macht Frauen zu politischen Subjekten, welche die Gesellschaft aktiv mitgestalten. Das Beispiel zeigt ebenfalls, dass hinter die – vielleicht naive – Annahme, zivilgesellschaftliche Akteurinnen seien mit der Zivilgesellschaft identisch, ein Fragezeichen zu setzen ist. Das FIZ ist eine professionelle NGO. Die grösstenteils ehrenamtlich tätige NGO-Koordination dagegen scheitert an den Anforderungen, die sich ihr stellen. Die Rolle als zivilgesellschaftliche Kraft erfordert qualifiziertes Wissen und professionelle Strukturen. Einerseits braucht es juristische Kenntnisse, andererseits Management-Kompetenzen und nicht zuletzt Kenntnisse politischer Strategien und Handlungsspielräume. Frauen-NGOs, welche solch hohen Anforderungen genügen, sind deshalb nicht Teil, sie sind Expertinnen der Zivilgesellschaft. Ob sie dabei eher ihrer Klientel verpflichtet sind, oder ob sie den Behörden, auf die sie Druck ausüben, näher stehen, lässt sich nur von Fall zu Fall entscheiden.

Kontakt: *Claudia Michel, Geografisches Institut GIUB und interdisziplinäres Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung IZFG. michel@giub.unibe.ch*



Frieden schaffen ohne Waffen: Der Beitrag der Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft gilt bei bewaffneten Konflikten als einer der Hoffnungsträger, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen. Aber was kann eine Zivilgesellschaft wirklich leisten? Und wie kann die internationale Gemeinschaft dieses Engagement fördern? Eine neue Studie geht diesen Fragen auf den Grund.

Von Thania Paffenholz und Christoph Spurk

Spätestens seit dem Ende des Ost-West-Konflikts spielt in der internationalen Zusammenarbeit die Förderung von Menschenrechten und partizipativer Demokratie eine tragende Rolle. Als ein wichtiges Element für partizipative Demokratie wird dabei eine lebendige Zivilgesellschaft angesehen. Gerade in Entwicklungs- und Transitionsländern soll sie (mit) dazu beitragen, die Regierung im jeweiligen Land zur Rechenschaft anzuhalten, wenn nicht gar zu kontrollieren, relevante Probleme in der Öffentlichkeit zu diskutieren und an politischen Entscheidungsprozessen sowohl teilzunehmen, als sie auch transparent zu machen. Inzwischen gehört die Förderung der Zivilgesellschaft zum Standardrepertoire der grossen Donatoren.

Eine der grössten Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit ebenso wie für die gesamte internationale Zusammenarbeit ist die signifikante Zunahme inner-staatlicher gewaltsamer Konflikte seit 1989 (im Vergleich zu zwischen-staatlichen Kriegen). Darauf hat die internationale Gemeinschaft mit einer Vielzahl an Aktivitäten geantwortet, die sich unter der Rubrik «Friedensförderung» oder auch «Friedensentwicklung» zusammenfassen lassen. In einigen Gewaltkonflikten wurden Friedensabkommen erreicht und langjährige Wiederaufbauprozesse in Gang gesetzt, andere inner-staatliche Konflikte dauern aus einer Vielzahl an Gründen an und trotzten lokalen und internationalen Vermittlungsbemühungen.

Ein laufendes Forschungsprojekt, das im Auftrag der Weltbank von den Autoren durchgeführt wird, widmet sich der Frage,

ob und unter welchen Bedingungen die Zivilgesellschaft und deren Akteure zur Friedensförderung beitragen können. Im ersten, abgeschlossenen Teil dieses Projekts hat das Autorenduo einen neuen konzeptionellen Rahmen zur Analyse von Zivilgesellschaften vorgelegt, und damit ausgewählte Fallbeispiele von Friedensförderung analysiert, an denen zivilgesellschaftliche Akteure beteiligt waren. Daraus wurden Hypothesen dazu abgeleitet, welche Rolle die Zivilgesellschaft in Friedensprozessen spielen kann. Die bisherigen Erkenntnisse und Vermutungen sollen nun durch empirisch vergleichende Forschung in unterschiedlichen Ländern und Konfliktstadien erhärtet und verfeinert werden.

Anwälte für die Bevölkerung

Die Ergebnisse bestätigen, dass eine funktionierende Zivilgesellschaft wichtige Beiträge zur Friedensförderung leisten kann: Aus der Demokratieforschung ist bekannt, dass zivilgesellschaftliche Akteure in der Phase des unmittelbaren Systemwechsels in Osteuropa entscheidend zur Ablösung der alten Regime beigetragen haben. Im Bereich der Friedensforschung ragt die Erkenntnis heraus, dass je besser die Zivilgesellschaft in Friedensverhandlungen eingebunden war, umso dauerhafter und stabiler auch das erreichte Friedensabkommen war. Im Rahmen der Friedensverhandlungen in Guatemala von 1994–1996 konnte die Zivilgesellschaft erfolgreich den Ausgang der Friedensverhandlungen beeinflussen, da ein gesondertes Gremium erschaffen wurde, in dem zivilgesellschaftliche Akteure anwaltschaft-

lich für die Anliegen der Menschen im Land wirken konnten (Advocacy). Dies war beispielsweise nicht der Fall im Rahmen der Verhandlungen um ein Friedensabkommen in Bosnien (Dayton) oder Israel/Palästina (Oslo). Daher liegt die Vermutung nahe, dass für die Friedensförderung die zivilgesellschaftliche Funktion der Anwaltschaft sehr bedeutsam ist. Sie sorgt dafür, dass die zivilgesellschaftlichen Anliegen an die Öffentlichkeit herangetragen und diskutiert werden. Daneben spielen weitere Funktionen wie die Beobachtung der Menschenrechtslage und der unmittelbare und direkte Schutz vor Übergriffen des Staates oder anderer gewalttätiger Akteure eine besondere Rolle, ebenso wie die Stärkung konfliktübergreifender sozialen Zusammenhalts.

Insgesamt sind die folgenden sechs zivilgesellschaftlichen Funktionen herausgearbeitet worden:

- Schutz vor gewaltsamen Übergriffen
- Monitoring: Menschenrechtsbeobachtung und politische Frühwarnung
- Anwaltschaft und Kommunikation an die Öffentlichkeit
- Sozialisierung/ Friedenserziehung
- Konflikt-sensitiver sozialer Zusammenhalt
- Vermittlung zwischen Konfliktparteien, meist auf lokaler Ebene

Mit Hilfe dieser Funktionen kann in bestehenden Konflikten analysiert werden, welche Rolle die vorhandenen zivilgesellschaftlichen Akteure potenziell überhaupt spielen, welche Funktionen sie bereits wie erfüllen und welche nicht; zudem erlaubt das Modell festzustellen, welche Funktionen für Friedensförderung in der jeweiligen Konfliktphase besonders relevant sind.

Verschiedene Akteure sind gefragt

In unterschiedlichen Konfliktphasen scheinen jeweils andere Funktionen wirksamer: Im andauernden gewaltsamen

Konflikt und unmittelbar danach sind zum Beispiel die Funktionen «Schutz», «Monitoring» und «Anwaltschaft/öffentliche Kommunikation» besonders vorrangig. Auffallend ist aber, dass viele Fördergelder nicht in die Unterstützung dieser Funktionen fliessen, sondern in «Sozialisierung/Friedenserziehung» und «Stärkung des Zusammenhalts». Damit sollen zwar langfristig positive Einstellungs- und Verhaltensänderungen gegenüber den früheren Gegnern erreicht werden. Aber selbst wenn diese Interventionen langfristig wirksam sind, können sie nicht zur unmittelbaren Beendigung von Gewaltkonflikten beitragen.

Es bleibt bisher unklar, unter welchen Bedingungen von zivilgesellschaftlichen Gruppen erbrachte Dienstleistungen, wie beispielsweise humanitäre oder Entwicklungsprojekte zur Sicherung der Grundbedürfnisse der Not leidenden Bevölkerung, ihre sonstigen zivilgesellschaftlichen Funktionen fördern oder möglicherweise gar behindern. Für beide Thesen gibt es Hinweise, die empirisch weiter abzuklären sind. Beispielsweise konnte ein Hängebrückenprojekt der Schweizer Entwicklungshilfe in Nepal neben dem entwicklungspolitischen Ziel des Brückenbaus den sozialen Zusammenhalt innerhalb von Gemeinden stärken, die entlang Kasten und ethnischen Gruppen gespalten sind. Der so gestärkte Gemeinschaftssinn führte in der Folge zu weiteren gemeinsamen Aktivitäten der Gemeinden im Bereich Erziehung und Gesundheit.

Aus der bisherigen Analyse ergibt sich, dass die reine Existenz von Zivilgesellschaft nicht automatisch den Frieden fördert. Es ist vielmehr notwendig, die unterschiedlichen potenziellen Funktionen von Zivilgesellschaft für die Friedensförderung vorab zu klären, und je nach Konfliktphase und Rahmenbedingungen jeweils andere Funktionen zu stärken. Bevor also einzelne zivilgesellschaftliche Bewegungen

gefördert werden, sollte abgeklärt werden, welche Funktionen in der jeweiligen Situation besonders relevant und daher förderungswürdig erscheinen. Erst dann sollten die geeigneten Akteure gesucht werden.

Internationale Förderung kann hinderlich sein

Die heutige Praxis sieht aber völlig anders aus: Oftmals werden lediglich die von der internationalen Zusammenarbeit neu geschaffenen Nichtregierungsorganisationen (NROs) gefördert. Viele zivilgesellschaftliche Gruppen oder Organisationen, wie zum Beispiel traditionelle Gruppen, Verbände oder Massenorganisationen – die für Friedensförderung besonders wichtig sind – bleiben bisher von der internationalen Gemeinschaft fast unentdeckt, weil diese sich nahezu ausschliesslich auf vorhandene NROs konzentriert, die ihre Sprache sprechen und wissen, wie man Projektvorschläge unterbreitet. Die Massenmobilisierung vieler Gruppen in Nepal, die erfolgreich die autoritäre Herrschaft des feudalen Königs im April dieses Jahres beendete, ist ein gutes Beispiel: Während die internationale Zusammenarbeit jahrelang auf die Förderung von städtischen NROs gesetzt hat, ist deren Beitrag zur erfolgreichen Demokratiebewegung als äusserst gering einzuschätzen.

Zum Teil behindert die internationale Förderung gerade die Entwicklung einer genuinen Zivilgesellschaft, weil sie das echte freiwillige Engagement unterminiert oder überflüssig werden lässt, wenn zivilgesellschaftliche Aktivitäten von aussen finanziert werden. Dies war beispielsweise in Sri Lanka der Fall, wo es vor der internationalen Förderung von NROs für den Friedensprozess viele lokale Gruppierungen gab, die sich für ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen eingesetzt hatten. Nach

dem Einsetzen massiver Förderung städtischer NROs versiegte dieses Engagement, und heute fehlt es in Sri Lanka an einer Massenbewegung für den Frieden.

Unzivilisierte Zivilgesellschaft

Oftmals wird naiv angenommen, dass Zivilgesellschaft per se gut ist. Dadurch gerät aus dem Blickfeld, dass viele zivilgesellschaftliche Akteure – gerade im oder kurz nach einem bewaffneten Konflikt – «unzivilisierte» Tugenden an den Tag legen, andere Gruppen aktiv bekämpfen oder ethnische sowie religiöse Spaltungen fördern und damit den Konflikt fortsetzen. Dies war beispielsweise in Bosnien der Fall während und unmittelbar nach dem Krieg, als viele NROs nationale Hasskampagnen gegen die jeweils anderen ethnischen Gruppen durchführten.

Viele Initiativen sind wenig wirksam: Es gibt viele Hinweise, dass die stark geförderten Initiativen in «Sozialisierung/Friedenserziehung» ihre Ziele lediglich bei den individuellen Teilnehmern von Veranstaltungen, Austauschprogrammen oder Trainingskursen erreichen, aber keinerlei Auswirkungen auf die gesellschaftlich-politische Ebene haben. Beispielsweise hatte die Unterstützung von hunderten von Dialogprojekten im Rahmen des «People to People»-Programmes im Anschluss an den Oslo-Friedensprozess zwischen Israel und Palästina weder Wirkung auf den politischen Friedensschluss, noch auf eine gesamtgesellschaftliche Aussöhnung.

Kontakt: *Thania Paffenholz, Institut für Politikwissenschaft IPW, paffenholz@ipw.unibe.ch;*

Christoph Spurr, Institut für angewandte Medienwissenschaft Winterthur, IAM, spu@zhwin.ch



Kidscreen – ein Fragebogen, der Schule macht

Gesundheitsbezogene Lebensqualität: Dieser Begriff wird immer wichtiger im Bereich der Gesundheitsförderung. Mit einem einfachen Fragebogen namens «Kidscreen» gibt es nun ein Instrument, mit welchem die Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen europaweit erhoben und verglichen werden kann. Für die Schweiz ist das Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Bern dabei.

Von Manuela Reimann Graf

«Hohe Selbstmordrate bei Jugendlichen in der Schweiz» – «Schweizer Kinder übergewichtig». Solche Schlagzeilen sind regelmässig in den Medien zu lesen. Wie gesund oder krank sind die Kinder und Jugendlichen in unserem Land wirklich? Und was sind die Gründe für obengenannte Phänomene? Um Antworten auf diese Fragen zu finden, beschränken sich Medizinerinnen und Sozialforscher nicht mehr auf rein medizinische Aspekte. «Unter Gesundheit versteht man heute nicht mehr nur *Nicht-krank-sein*», erläutert Professor Thomas Abel vom Institut für Sozial- und Präventivmedizin ISPM der Universität Bern. «Gesundheit hat noch andere Dimensionen.» Dazu gehöre ganz wesentlich das allgemeine Wohlbefinden, die allgemeine Lebensqualität. «Eine schlechte Lebensqualität wirkt sich früher oder später gesundheitlich aus. Hier können wir präventiv tätig werden», so Abel. Heute werde zwar viel zu diesem Thema geforscht – aber noch kaum bei Minderjährigen. Vor allem gab es bisher noch keine international verfügbaren Instrumente zur Erhebung der Lebensqualität bei Kindern und Jugendlichen.

Die Zielgruppe macht mit

Mit «Kidscreen» ändert sich dies nun. Im Rahmen eines europäischen Forschungsprojektes, welches sich um Lebensqualität und -ressourcen in Europa dreht, wurde ein standardisierter Fragebogen entwickelt: Mit ihm kann die gesundheitsbezogene Lebensqualität von Kindern zwischen 8 und 18 Jahren erhoben und ausgewertet werden. Kidscreen stellt 52 einfache Fragen zu zehn Themen: Körperliches Wohlbefinden, psychisches Wohlbefinden,

Stimmungen und Emotionen, Selbstwahrnehmung, Autonomie (Grad der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit), Eltern und Zuhause, Gleichaltrige und soziale Unterstützung, schulisches Umfeld, soziale Akzeptanz, finanzielle Möglichkeiten. Es gibt auch zwei Kurzversionen, die sich für Monitoring-Zwecke und Schnellbefragungen verwenden lassen. Ausserdem wurde ein Fragebogen für Eltern erarbeitet.

Dieser kann eingesetzt werden, wenn die Kinder beispielsweise aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage sind, die Fragen zu beantworten. Interessant ist der Elternfragebogen aber auch, um die Antworten von Kindern und ihren Eltern vergleichen zu können.

Auf einen Aspekt ist die wissenschaftliche Koordinatorin von Kidscreen Schweiz, Corinna Bisegger, besonders stolz:

Selbstwertprobleme bei jungen Frauen

Die erste grosse Umfrage von 2003, mit welcher die Referenzwerte für die Schweiz bei 1750 Kindern aus der Deutschschweiz erhoben wurden, lässt bereits erste interessante Rückschlüsse über die gesundheitsbedingte Lebensqualität der Schweizer Kinder zu: Allgemein ist der Zustand der Schweizer Kinder und Jugendlichen im europäischen Vergleich sehr gut. Es zeigte sich auch, dass die soziale Unterstützung und die Qualität der Beziehung mit den Eltern wichtiger sind für die gesundheitsbezogene Lebensqualität, als der Familienwohlstand oder der Bildungsgrad der Eltern. Kinder und Jugendliche aus Familien mit geringerem Wohlstand berichten dennoch über eine etwas schlechtere Lebensqualität als Kinder wohlhabenderer Eltern.

Ab 12 Jahren nimmt die Lebensqualität der Kinder deutlich ab. Dies lässt sich zu einem guten Teil mit der eintretenden Pubertät erklären, die grosse Veränderungen nicht nur auf der körper-

lichen Ebene bringt: Das Verhältnis zu den Erwachsenen, insbesondere zu den Eltern ändert sich, und es stellen sich nun Fragen zum weiteren Ausbildungsweg. Mädchen ab 12 Jahren und junge Frauen scheinen in der körperlichen und psychischen Dimension eine stärkere Verschlechterung zu erfahren als Jungen. Die Psychologin Corinna Bisegger weist auf ein bestimmtes Thema der Befragung hin: «Gerade bei der Frage nach dem Selbstwert waren die Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen am auffälligsten. Je älter die befragten Mädchen waren, umso weiter ging die Schere zwischen ihrem Wohlbefinden und dem der gleichaltrigen Buben auf.» Sie schätzt, dass dies mit den gesellschaftlichen Erwartungen an die Mädchen bezüglich ihres Aussehens zu tun habe. «Kidscreen könnte in breiteren Studien helfen aufzudecken, wie das eingeschränktere Selbstwertgefühl von Mädchen mit Phänomenen wie Magersucht oder Isolation zusammenhängt, weshalb die einen Mädchen Probleme haben und andere nicht.»

Die «Zielgruppe» – also die Kinder und Jugendlichen – wurde von Anfang an aktiv einbezogen. «Wir haben schon bei der Erarbeitung des Fragebogens mit Kindern und Jugendlichen Gespräche geführt. So kamen wir auch auf Themen, an die wir als Erwachsene nicht mehr denken, oder die wir nicht mehr gleich ernst nehmen. Aber genau darum geht es ja, um die subjektive Selbsteinschätzung der Betroffenen!»

Mit den aus diesen Gesprächen abgeleiteten «Vorfragen» wurden 2002 in einem ersten Schritt knapp 4000 Kinder und Jugendliche aus sieben Ländern zu den Themen Gesundheit, Wohlbefinden und allgemeine Lebensqualität schriftlich befragt – für die Schweiz ging das ISPM in sechs Gemeinden und acht Schulen der Deutschschweiz. «Gerade auch die jüngeren Kinder waren mit Eifer dabei und waren sehr stolz, dass sie selber befragt wurden», so Bisegger. Auf der Basis dieser Ergebnisse erarbeiteten die internationalen Experten den nach wissenschaftlichen Methoden entwickelten Fragebogen. Er musste sowohl sprachlich wie kulturell abgestimmt sein, damit die Ergebnisse international vergleichbar sind. Immer wieder wurden die so ausformulierten Fragen in verschiedenen Testphasen betreffend Verständlichkeit, Handhabbarkeit und Akzeptanz überprüft.

Der lange Weg zum Fragebogen

An diesem von der Europäischen Kommission finanzierten Projekt waren anfangs sieben Länder beteiligt – mittlerweile sind es aufgrund des grossen Interesses bereits 13 europäische Staaten. Für die Schweiz hat das ISPM die Federführung. «Unser Institut war dafür prädestiniert», berichtet Thomas Abel, der Verantwortliche von Kidscreen Schweiz. «Wir haben grosse Erfahrung mit Befragungen und sind als interdisziplinäres Institut mit den Forschungsmethoden verschiedener Fachrichtungen vertraut.»

Dreieinhalb Jahre hat die Entwicklung des Kidscreen-Fragebogens gedauert – ein grosser Aufwand, wie Professor Abel betont. «Es ist nicht nur inhaltlich eine anspruchsvolle Aufgabe, einen guten Fragebogen zu machen. Wir haben mit Kidscreen ein praktikables Instrument entwickelt, das einfach anwendbar und methodisch überprüft ist – europaweit!»

Dieses Instrument wurde 2003 erstmals breit getestet: In einer repräsentativen Studie wurden über 22 000 Kinder und Jugendliche und deren Eltern in zwölf europäischen Ländern befragt, darunter 1700 Familien aus der deutschsprachigen Schweiz (s. Kasten, S. 19). Die so erhobenen Daten dienen nun bei Befragungen mit Kidscreen als Referenzwert.

Der Fragebogen wird unterdessen bereits



in verschiedenen Studien in Europa angewandt, unter anderem in einer Befragung zu Gesundheit und Gesundheitsverhalten von 11- bis 16jährigen Jugendlichen, welche alle vier Jahre unter der Schirmherrschaft der Weltgesundheitsorganisation WHO in 41 Ländern durchgeführt wird.

Viele Anwendungsmöglichkeiten

Anwendungsmöglichkeiten gibt es natürlich auch in der Schweiz. So können etwa Gesundheitsdienste in ihren Erhebungen den Kidscreen-Fragebogen verwenden, um Risikogruppen festzustellen. «Wichtig ist uns auch der Wissenstransfer mit Stellen wie dem Bundesamt für Gesundheit, der Pro Juventute oder der Gesundheitsförderung Schweiz – hier haben wir nun ein Mittel, mit welchem sich die erhobenen Daten wirklich vergleichen lassen, statt dass alle ihre eigenen Umfragen machen», betont Thomas Abel. Kidscreen lässt sich aber auch in kleinerem Umfang verwenden: «Ich denke dabei an Gemeinden oder Quartiere», beschreibt Corinna Bisegger. «Zeigt sich beispielsweise aufgrund einer Befragung, dass Kinder an einem bestimmten Ort ein schlechteres körperliches Wohlbefinden angeben, muss man überlegen, was man dagegen tun kann. Das könnte konkret bis zur Verbesserung von Spielmöglichkeiten im Freien führen, zum Beispiel mit einer Wohnstrasse.»

Ein weiteres Beispiel ist das Inselspital, das die Referenzdaten verwenden will, um sie mit den Ergebnissen kranker Kinder zu vergleichen und deren Genesung anhand der Lebensqualitäts-Werte gesunder Kinder überprüfen zu können.

«Die Nachfrage nach Kidscreen ist enorm. Ich bin selbst verblüfft», erzählt Professor Abel. «Das grosse Interesse zeigt, dass die Thematik Lebensqualität aktuell ist und wie sehr es ein Messinstrument braucht, um zu gesicherten Erkenntnissen zu kommen.» Dem ISPM wird die Arbeit mit Kidscreen nicht ausgehen. Allein mit der Beratung interessierter Institutionen und Behörden gibt es viel zu tun. Es wird aber auch aktiv nach weiteren Anwendungsgebieten gesucht, um möglichst viele neue Erkenntnisse zu erhalten. Diese werden nicht nur handlungsleitend für konkrete Gesundheitsförderungsmaßnahmen sein, sondern die ganze Gesundheitspolitik beeinflussen. Professor Thomas Abel schliesst: «Ich sehe es als eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, dass wir die Bedingungen für Wohlbefinden und Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen erforschen und verbessern.»

Kontakt: Lic. phil. Corinna Bisegger, Abt. für Gesundheitsforschung, Institut für Sozial- und Präventivmedizin, bisegger@ispm.unibe.ch; Prof. Dr. Dr. Thomas Abel, Abt. für Gesundheitsforschung, ISPM, abel@ispm.unibe.ch
Weitere Informationen: www.ispm.unibe.ch/downloads/kidscreen, www.kidscreen.org
Finanzierung/Kooperation: Finanzierung durch das Staatssekretariat für Bildung und Forschung; Forschungspartnerschaft im Rahmen des Forschungsabkommens mit der EU.

Auge in Auge mit dem Uhu

Der Uhu ist in der Schweiz gefährdet. Besorgniserregend ist die Sterblichkeitsrate, wie Berner Forschende der Abteilung Conservation Biology belegen. Sie untersuchen die Lebensweise der Uhus mit Infrarot, Sender und Satellit. Todesursache Nummer 1 ist der Stromstoss, wenn die Uhus auf Strommasten landen wollen.

Von Bettina Jakob

Langsam fährt es in die Arme. Das Nachtsichtgerät und die Infrarot-Leuchte, beide fest an die Augen gedrückt, sind schwer wie Blei. Die steile Felswand rast durch das Gesichtsfeld, leuchtet grünlich gelb, gespenstisch. Doch nichts passiert, dort oben im Fels beim Nest, irgendwo im Wallis, kurz nach 21 Uhr. Nirgends blitzen die ersehnten zwei Punkte auf, zwei reflektierende Augen. «Nichts?», fragt Adrian Aebischer, der nebenan im Dunklen steht. Nichts, der Uhu ist weg. Entwischt als in der Aufregung das Fernrohr wegschwenkte. Die Eule, lang ersehnt, war verschwunden, bevor wir sie überhaupt richtig entdeckt hatten. «Den Uhu muss man sich verdienen», sagt Adrian Aebischer von der Abteilung Conservation Biology an der Universität Bern. Er ist das lange Ausharren in der Nacht gewohnt. Der Biologe untersucht in einer vierjährigen Studie die Uhu-Population im Wallis. Er beobachtet die Tiere, filmt sie, besendert sie und verfolgt sie mittels Antenne und Satellit, um mehr Informationen über den Bruterfolg und die Todesursachen der grössten Eule der Schweiz zu erhalten. Aus den Ergebnissen wollen die Wissenschaftler Schutzmassnahmen für das gefährdete Tier formulieren.

Um 1920 fast ausgerottet

Breitet ein Uhu-Weibchen seine Flügel aus, erreicht es über 1,5 Meter Spannweite. Sitzt es auf dem Ast, ist es imposante 60 Zentimeter gross. Der Uhu (*Bubo bubo*) gehört zur Familie der Strigiden und ist die grösste der acht Eulenarten, die in der

Schweiz leben; weltweit sind über 150 Arten bekannt. Der «König der Nacht» mit seinen typischen kecken Federohren ernährt sich vorwiegend von Säugetieren und Vögeln. Seine Speisekarte mit Rebhuhn, Fasan und Hase machte ihn früher zu einem Feind des Menschen: Am Anfang des 20. Jahrhunderts wurde der Uhu hierzulande beinahe ausgerottet, mehrere Jahrzehnte war kein einziger besetzter Brutplatz mehr bekannt. «Im Kanton Graubünden schossen die Jäger innert 15 Jahren 290 Uhus – das sind mehr Individuen als heute in der Schweiz leben», bedauert Adrian Aebischer. Erst 1925 wurde der Nachtvogel ganzjährig unter Schutz gestellt, gezüchtet und schliesslich erfolgreich wieder angesiedelt; in den 70er und 80er Jahren nahm die Schweizer Population stetig zu. Heute leben auf heimischem Boden rund 100 Paare, doch die Tierart ist immer noch gefährdet. «Vermutlich sind die Zahlen sogar wieder rückläufig», sagt der Berner Forscher. Er und seine Kollegen haben herausgefunden, dass viele der guten Nistplätze im Wallis wiederholt nicht besetzt werden. Der Zoologe deutet dies als schlechtes Zeichen, da der langlebige Vogel sehr standorttreu ist. «Es muss vermehrt Ausfälle geben», so Aebischer. Ist der Bruterfolg des Uhus zu niedrig? Oder ist die Sterblichkeitsrate zu hoch, und wenn ja, warum?

Aebischers Daten beweisen: Das Brüten läuft gut, ein Schweizer Uhupärchen hat im Durchschnitt 1,4 Junge pro Jahr. Eine Quote, mit der der Forscher zufrieden ist und sich mit ausländischen Daten vergleichen lässt. Die Infrarot-Filmaufnahmen

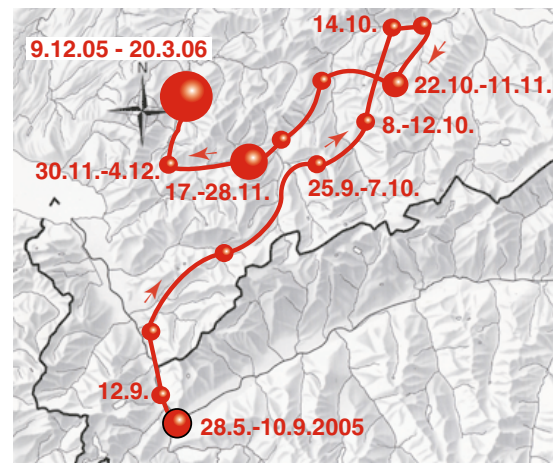
zeigen, dass die Uhu-Eltern sogar mehr Beute ans Nest fliegen, als ihre Jungen überhaupt fressen mögen: «Trotz der intensiven Nutzung der Landschaft durch die Bauern und trotz der steigenden Verstädterung», freut sich Aebischer.

Das Fazit scheint somit klar – der limitierende Faktor der Schweizer Uhu-Population muss die Sterblichkeit sein. Die bisher gesammelten Daten der Conservation Biology belegen diese Folgerung: Über 86 Prozent der Jung-Uhus überleben die ersten drei Lebensjahre nicht, die Jungen, die schon als Nestling sterben, nicht mit eingerechnet. Da die Uhus meist erst im zweiten oder dritten Jahr brüten, pflanzen sich folglich über drei Viertel der Tiere nicht fort.

Analyse per Satellit und im Museum

Warum sterben so viele junge Uhus? Adrian Aebischer versucht die Todesursachen mit zwei Methoden herauszufinden. Erstens mit Sendern: Seit vier Jahren versehen die Berner Forschenden junge Uhus im Frühjahr mit einem Sender, um die Vögel regelmässig zu lokalisieren. Bei der herkömmlichen Radio-Telemetrie werden die Tiere vom Boden aus mittels Antenne auf mehrere Kilometer Distanz geortet. Aebischer fährt regelmässig mit dem Auto kreuz und quer durch die Schweiz und ins nahe Ausland, die Antenne immer auf dem Dach, um die Radio-Wellen der Sender einzufangen.

Praktischer funktioniert der neue Satellitensender, mit dem jeder Flügelschlag eines Uhus registriert wird. «Die Standortkoordinaten, die ein Satellit der amerikanischen Raumfahrt liefert, ruft man per Mausklick im Internet ab», erklärt Aebischer, der nun nachts wieder vermehrt zu Schlaf kommt. Weltweit werden mit dieser Technologie rund 2500 Tiere überwacht. Der präzise High-Tech-Sender hat lediglich zwei Nachteile gegenüber der konventionellen Radio-Telemetrie: Er ist schwerer, aber gemäss Aebischer für den Uhu immer noch gut tragbar – die 30 Gramm machen 1,5 Prozent dessen Eigengewichtes aus. Die Eule trägt den fünf Zentimeter langen Sender wie einen Rucksack auf dem Rücken, fixiert mit zwei Teflon-Fäden, die unter den Flügeln hindurch führen und den Uhu kaum beeinträchtigen. Die Fäden sind mit Katzendarm verknötet, der sich



«Adonis» flog vom Wallis ins Saanenland, weiter in Richtung Genfersee.

mit der Zeit auflöst und das Tier schliesslich von der Last befreit; die Batterie des Senders hat ja auch nur – das ist der zweite Nachteil – eine einjährige Lebensdauer. Seit 2002 verfolgt Adrian Aebischer die Lebensgewohnheiten von 35 besenderten Junguhus: «Adonis» flog zum Beispiel vom Unterwallis ins Saanenland, ist aber gerade verschollen, «Linos» zog es ins Ausland, er fliegt zur Zeit im französischen Vallée de l'Arve herum, «Moti» wurde von einem Zug erfasst und lebt, halb genesen, in einer Pflegestation, «Selene» überquerte die Alpen, in über 3000 Metern Höhe.

Die zweite Methode, mehr über die Todesursache der Schweizer Uhus zu erfahren, führte die Forscher ins Museum. Eine Diplomandin analysierte die Daten von 273 tot gemeldeten Uhus aus den letzten 50 Jahren, die so genannten Museumsvögel. Diese Tiere stellen aber keine repräsentative Stichprobe dar, da ein vom Auto angefahrener Uhu eher gefunden wird als einer, der an einer Krankheit in einem abgelegenen Wald verendet. «Erst zusammen mit den Daten der besenderten Uhus kann ein unverzerrtes Bild über die Todesursachen gezeichnet werden», erklärt Populationsbiologe Aebischer.

Verhängnisvolle Strommasten

Schon vor dem endgültigen Abschluss der Studie ist klar: Die Gefahr Nummer eins für den Uhu sind Strommasten. Ein Drittel der untersuchten Todesfälle geht auf einen tödlichen Stromstoss zurück. Ein Viertel der Uhus wurden durch Kollisionen mit Autos oder Zügen getötet, ein Sechstel verfiel sich in Kabel und Drähte. Die Sterblichkeitsrate, die anhand der besenderten Tiere errechnet wurde, entspricht in der statistischen Auswertung ziemlich

genau jenen, die die Forscher anhand der Museumstiere ermittelten. «Ausser», so Aebischer, «dass die Bedeutung von Stromschlag sowie Strassen- und Bahnverkehr bei Museumstieren überschätzt wird, da vor allem solche Tiere gefunden und abgeliefert werden.» Die umfassenderen Daten aus den Sender-Analysen zeigen, dass auch bis zu 30 Prozent der Tiere verhungern. Vielleicht weil in der Schweiz grosse Flächen als Kulturland genutzt würden, und die jungen, noch ungeschickten Uhus in der Folge keine Nahrung fänden, spekuliert Aebischer.

Tatsache bleibt aber, unabhängig der beiden Datensätze, dass der Stromstoss die wichtigste durch den Menschen verursachte Todesursache ist. «Genau hier kann der Schutz des Uhus ansetzen», sagt Aebischer und schlägt erste Massnahmen vor. Kleine bauliche und kostengünstige Änderungen an den Mittelspannungsmasten können diese für Grossvögel ungefährlich machen: die Stützisolatoren nach unten richten, damit der Uhu bei der Landung nicht die Leitungen berührt und die Drähte in Nähe der Masten mit Band isolieren. Ein Elektrizitätswerk im Wallis hat sich diese Vorschläge zu Herzen genommen und saniert exponierte Masten auf eigene Kosten. Nächstens soll dieses Problem auf Landesebene angegangen werden. Unterdessen will Adrian Aebischer mehr Daten sammeln, mehr Nestlinge besendern und nächstes Jahr präzise Empfehlungen vorlegen. Auch um 22.20 Uhr, mitten auf der Autobahn, ist der Uhu-Forscher noch immer voll auf Empfang. Er dreht den Knopf am Radio-Telemetriegerät, das am Armaturenbrett hängt. Es rauscht, kein Pieppiep. «Nichts», sagt er. Auch heute keine Spur von «Adonis».

Kontakt: PhD Adrian Aebischer, Zoologisches Institut der Universität Bern, Abteilung Conservation Biology, adrian.aebischer@nat.unibe.ch;

Finanzierung: Universität Bern, Schweizerische Vogelwarte, MAVA-Stiftung, Zürcher Tierschutz, Loterie Romande.

Partner: Naturhistorisches Museum Fribourg; die Satellitenkarten einzelner Uhus werden laufend auf der Website publiziert (www.fr.ch/mhn).

Bartgeier und Meeresschildkröte

Die Abteilung Conservation Biology der Universität Bern untersucht nicht nur die Lebensweise des Uhus per Satellitensender. Erfolgreich angewendet wird die Überwachungsmethode bereits bei den in den Alpen wieder angesiedelten Bartgeiern. Aus den Satellitendaten konnte die Stiftung Pro Bartgeier noch präzisere Rückschlüsse auf die bevorzugten Lebensräume dieser Vögel ziehen. Ein anderes Projekt der universitären Abteilung verfolgt zurzeit mittels Satellitentracking die Meeresschildkröten *Caretta caretta* im Mittelmeer, die auf der griechischen Insel Zakynthos, am eigenen Geburtsort, ihre Eier legen. Mit Hilfe der Satelliten-Telemetrie kann die Conservation Biology die meist sehr langen Wanderrouten der Meeresschildkröten genau verfolgen und mehr über ihre Lebensweise und ihr Verhalten herausfinden.



Wessen Handschrift? Wessen Finger?

Mit dem wachsenden Bedürfnis nach Sicherheit werden biometrische Daten immer häufiger verwendet. Das Institut für Informatik und angewandte Mathematik (IAM) der Universität Bern arbeitet in der Grundlagenforschung dieses Gebietes – konkret mit Systemen zur Erkennung und Auswertung von Handschriften und Fingerabdrücken.

Von Manuela Reimann Graf

Hat der Grossvater das Testament wirklich selber geschrieben? Wessen Fingerabdrücke sind auf der zerbrochenen chinesischen Vase und können Aufschluss über den Übeltäter geben? Die Mittel zur Beantwortung dieser Fragen kennen wir aus Krimis, nicht aber die komplizierte Mathematik, die dahinter steckt. Denn die Computersysteme der Kriminologinnen und Sicherheitsbeamten vergleichen die Muster in Fingerabdrücken oder eben Handschriften aufgrund komplexer mathematischer Verfahren.

Hinter der Biometrie steckt Mathematik

Mit Hilfe der Biometrie kann die Identität einer Person auf Grund ihrer individuellen Merkmale festgestellt werden. Dazu gehören nebst Fingerabdruck und Handschrift beispielsweise auch die Iris oder die Genstruktur DNA, die bei jedem Menschen einzigartig und kaum fälschbar sind.

Biometrische Daten sind gefragt: Seit dem Terroranschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 sind die Sicherheitsvorkehrungen, die auf der Personenerkennung basieren, weit vorangeschritten. Biometrische Daten werden demnächst auch in der Schweiz in die neuen Pässe aufgenommen, insbesondere aber bei der Zutrittskontrolle für Gebäude oder Computer-Systeme werden biometrische Erkennungssysteme bereits breit angewandt.

Am Institut für Informatik und angewandte Mathematik (IAM) wird ebenfalls mit biometrischen Daten gearbeitet. Allerdings: «Mit dem 11. September und der boomenden Sicherheitstechnik seither hat unsere Forschung wenig zu tun», erklärt Andreas Schlapbach, Doktorand zum Thema der Schreiber-Erkennung.

Die Arbeit mit biometrischen Daten am IAM, genauer in der Forschungsgruppe Bildanalyse und künstliche Intelligenz (FKI), habe sich viel mehr aus dem Thema Mustererkennung ergeben. Die Forschungsgruppe von Professor Horst Bunke beschäftigt sich bereits seit über 20 Jahren mit Mustererkennung. «Wir arbeiten an der Grundlagenforschung, die Biometrie ist für uns mehr ein interessantes Anwendungsgebiet, denn Thema an sich», ergänzt Schlapbach.

Der Computer lernt Bilder erkennen

Bei der Mustererkennung geht es – vereinfacht formuliert – darum, dem Computer das Erkennen von Bildern beizubringen. Im Kontext biometrischer Verfahren bedeutet Mustererkennung, persönliche Eigenschaften zu klassifizieren, zum Beispiel Handschrift oder Fingerabdrücke bestimmten Personen zuzuordnen.

Versucht der Computer den Schreiber eines Textes zu identifizieren, untersucht er ein Bild auf vordefinierte Merkmale hin. Ein Lesefenster wird über den Text bewegt und extrahiert charakteristische Merkmale wie Höhe oder Neigung der Schrift. Das System vergleicht diese Merkmale mit denen anderer, bekannter Bilder und sucht nach Ähnlichkeiten. Der Person mit der höchsten Übereinstimmung wird der Text zugeordnet. Die Klassifikation der Merkmale wird dabei mit dem Computer wiederholt geübt, und bei einer hohen Fehlerquote wird nach deren Ursachen gesucht und die Verfahren werden verbessert und optimiert.

Ganz ähnlich lernt der Computer das Vergleichen von Fingerabdrücken. Die Fingerabdruckererkennung am IAM ist ein spezifisches Anwendungsgebiet der strukturellen Mustererkennung mittels Graphen

(Graph Matching). «Uns geht es um die Entwicklung noch effizienterer Fingerabdruck-Erkennungs-Verfahren, nicht um die Personenidentifikation wie in den Krimis», erzählt Michel Neuhaus, der auf diesem FKI-Projekt dissertiert. «Unser System extrahiert charakteristische Merkmale der Fingerlinien, um diese in Klassen einzuteilen.» Einer Klasse werden beispielsweise diejenigen Fingerabdrücke zugeordnet, die Wirbel aufweisen, Fingerabdrücke mit schleifenförmigen Fingerlinien werden einer anderen Klasse zugeordnet, und eine weitere Klasse von Fingerabdrücken weist weder das eine noch das andere Merkmal auf. Insgesamt fünf solcher Klassen kann der Computer durch einen Übereinstimmungs-Algorithmus identifizieren und so einen Fingerabdruck einordnen. «Ziel unserer Arbeit ist nicht die Identifikation des Fingerbesitzers, sondern ein möglichst ausgeklügeltes, fehlerfreies Klassifikationssystem.» Fingerabdrücke seien einfach ein praktisches Testgebiet für diese Arbeit. «Fingerabdrücke stellen ein interessantes Anwendungsgebiet des Graph Matchings dar, und immer wieder ergeben sich aus der Arbeit mit realen Daten Erkenntnisse, die in die Entwicklung neuer Verfahren einfließen», meint Neuhaus.

Identifikation, Verifikation und Datenbanken

Bei Handschriften wird das System auf zwei Erkennungsarten trainiert, auf die Identifikation und auf die Verifikation: Bei der Identifikation ist die Identität einer unbekanntenen Person zu bestimmen, indem die Handschrift-Textprobe mit sämtlichen Schriftmustern in der Datenbank verglichen wird. Bei der Verifikation mittels Handschrift geht es hingegen darum, die Echtheit eines Dokumentes zu überprüfen, das heisst zu klären, ob eine Handschrift von einer bestimmten Person stammt oder nicht. Der Computer vergleicht also die Textprobe nur mit Textmustern des vermuteten Schreibers.

Könnte ich nun also das Testament meines Grossvaters zur Verifikation ans IAM bringen? Könnte Schlapbach im Vergleich mit anderen Texten des Grossvaters herausfinden, ob das Testament echt ist? Schlapbach zögert: «Im Prinzip schon. Es kommt auf die Handschrift an. Und ob wir genug Vergleichstexte haben, die sich für die Analyse eignen.»

Damit spricht Schlapbach einen Bereich an, der sich im Falle der Fingerabdrücke als problemlos erweist, während er für die Schreibenerkennung schwierig ist: genügend Daten zum Training und Testen zu erhalten. Während es für Fingerabdrücke Datenbanken mit tausenden von anonymisierten Abdrücken gibt, musste sich das IAM erst seine eigene Handschriften-Datenbank aufbauen.

Dank der Mitarbeit von Studierenden, welche in Vorlesungen und mit einem Wettbewerb aufgefordert wurden, handschriftliche Texte zur Verfügung zu stellen, verfügt das IAM nun über eine bemerkenswerte Sammlung von Handschriften: Mittlerweile wurden über 1500 Textseiten von über 650 Schreibenden eingelesen, woraus 5685 Sätze, 13 353 Textzeilen und 115 320 Einzelwörter isoliert wurden.

Der Computer soll sich anpassen

Die Methoden der Mustererkennung – die übrigens auch bei anderen biometrischen Verfahren wie der Gesichtserkennung grösstenteils gleich funktionieren – sind an sich nichts Neues. «Die Forschung und die sich daraus entwickelnden Anwendungsmöglichkeiten sind schon weit fortgeschritten», erklärt Schlapbach. Bekannt sind beispielsweise die Handschriften-erkennungs-Systeme der Post, mit welcher Ziffern auf Einzahlungsscheinen oder Schönschrift auf Adress-Klebern gelesen werden. «Die Herausforderung in unserem Projekt liegt darin, solche Fähigkeiten des Computers zu verbessern, so dass er auch weniger schön geschriebene Schriften erkennen kann», erläutert Schlapbach. So ist es beispielsweise für einen Computer schwer zu erkennen, wo ein Buchstabe aufhört und wo der nächste beginnt. Auch ein handgeschriebenes «e» von einem «l» zu unterscheiden, kann für die Maschine knifflig sein.

«Ziel all unserer Projekte ist es, dass sich nicht der Mensch an den Computer anpassen muss – indem er eben besonders schön schreibt – sondern umgekehrt. Hier möchten wir mit unserer Forschung etwas beitragen», erzählt Schlapbach. Der Beitrag des Berner FKI ist international anerkannt, die Projektmitarbeiter sind an fast allen wichtigen internationalen Konferenzen vertreten und Professor Bunke gilt auf dem Gebiet als Kapazität.

Im Rahmen des nationalen Forschungsschwerpunktes NFS IM2 (siehe Kasten), an welchem das FKI teilnimmt, werden basierend auf der Grundlagenforschung von Forschenden wie Schlapbach und Neuhaus verschiedene Anwendungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit der Industrie entwickelt. Die vielfältigen Projekte zeigen in eine spannende Zukunft: So sollen Computer dereinst durch Blicke oder gar blosse Gedanken gesteuert werden. Technische Spielereien für grosse Buben und Mädchen? Das sei überhaupt nicht so, meinen Schlapbach und Neuhaus einhellig. «Denken Sie an die Hilfe, die dies für Behinderte bedeuten kann!», gibt Schlapbach zu bedenken. «Und um wie vieles

schneller und praktischer die Arbeit am PC damit wird. Damit bleibt allen, die am Computer arbeiten, mehr Zeit übrig für anderes.» Zum Beispiel für die Entwicklung neuer, nutzbringender Techniken.

Kontakte: Andreas Schlapbach, FKI, Institut für Informatik und angewandte Mathematik IAM, schlpbch@iam.unibe.ch; Michel Neuhaus, FKI, Institut für Informatik und angewandte Mathematik IAM, mneuhaus@iam.unibe.ch; Prof. Horst Bunke, FKI, Institut für Informatik und angewandte Mathematik IAM, bunke@iam.unibe.ch.

Informationsmanagement: Zusammenarbeit von Mensch und Maschine

Der Nationale Forschungsschwerpunkt «Interaktives Multimodales Informationsmanagement IM2» widmet sich der Aufgabe, die Forschung und Entwicklung von Methoden und Instrumenten voranzubringen, welche die Zusammenarbeit von Mensch und Maschine verbessern. Vor allem geht es um Technologien, welche die Möglichkeiten der Eingabe von Text, Sprache, Befehlen in die Geräte ermöglichen. Die Wechselwirkung zwischen Eingabemethoden des Menschen und Ausgabesystemen der Geräte sollen besser koordinierbar werden; auch möchte man die akustischen oder sensorischen Kontakte zwischen Mensch und Maschine erweitern.

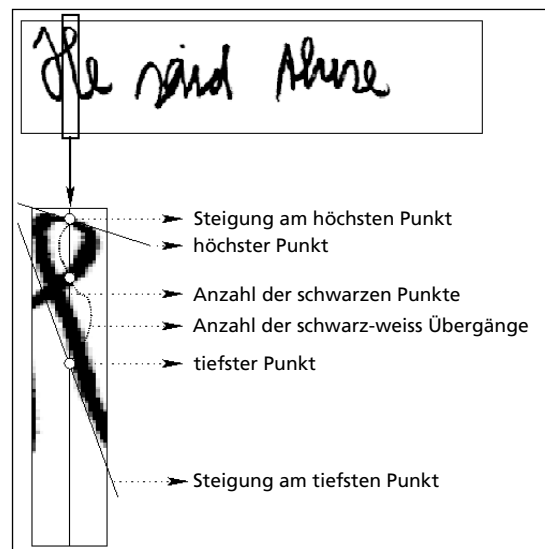
Wichtige Themenbereiche des IM2 sind auch der Schutz von Informationsinhalten,

die Beschränkung des Zugriffs auf Informationen sowie die Strukturierung, die Abfrage und die Darstellung multimedialer Information.

In den NFS IM2 eingebunden ist ein Austauschprogramm für Studierende mit dem International Computer Science Institute der Universität Berkeley in Kalifornien. Ausserdem werden Frauen gefördert: Mit dem *Female Fellowship Program* werden die in dieser Forschung tätigen Frauen an Tagungen, internationalen Treffen und in Publikationen in den Vordergrund gestellt und ihre Karrieren dadurch gefördert.

Auch die Zusammenarbeit mit Partnern der Industrie wird gepflegt, der Technologietransfer ermöglicht zudem den Aufbau neuer Start-up-Firmen.

Weitere Informationen: www.snf.ch sowie www.im2.ch



Ausschnitt eines handgeschriebenen Wortes mit für das Erkennungssystem relevanten Punkten.



«Die Ombudsperson braucht einen gesunden Menschenverstand»

Krach mit dem Doktorvater? Kompetenzgerangel zwischen Dozierenden? An der Universität Bern sollen künftig solche Konflikte entschärft werden, bevor sie eskalieren – und zwar mittels einer Ombudsperson. Generalsekretär Christoph Pappa ist überzeugt, dass die Universität damit einen Beitrag zur Qualitätssteigerung leistet.



Gespräch: Astrid Tomczak-Plewka

Unipress: Herr Pappa, warum braucht die Universität Bern eine Ombudsperson?

Weil Konflikte und Probleme, die sich aus Arbeitsverhältnissen ergeben, nicht immer innerhalb der bestehenden Hierarchien zu lösen sind. Die Universitätsangestellten sollen die Möglichkeit haben, sich an jemanden Aussenstehenden zu wenden, also weder an den Vorgesetzten noch an die Personalchefin. Wir erwarten, dass eine Ombudsperson auch vorbeugen kann, damit Konflikte nicht eskalieren.

Das bedeutet, dass es an der Uni ungelöste Konflikte gibt oder gab.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die dazu beigetragen haben, dass die Universitätsleitung beschlossen hat, dem Senat eine Ombudsperson vorzuschlagen. So gab es beispielsweise Konflikte, die an die Medien getragen wurden, Internas, die nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden sollten. Solchen Ereignissen wollen wir vorbeugen. Aber auch die Mittelbauvereini-gung hat das Bedürfnis nach einer Ombudsstelle geäußert. Die Angehörigen des Mittelbaus sind oft von typischen Arbeitskonflikten betroffen. Sie sollen sich ohne Angst an eine Vertrauensperson wenden können, ohne dass dies schon als Kriegserklärung aufgefasst wird.

Skizzieren Sie einen typischen Fall.

Die meisten Vorfälle bewegen sich wohl in einem Vorgesetzten-Untergebenen-Verhältnis. Zum Beispiel wird eine Assistentin ohne spezifisches Pflichtenheft von ihrem Professor derart mit Aufträgen eingedeckt, dass sie mit ihrer eigenen Forschung nicht vorankommt. Da sie in einem Abhängigkeitsverhältnis steht, kann es schwierig sein, in den bestehenden Hierarchien eine Lösung zu finden. Die Ombudsperson kann in einem solchen Fall vermitteln.

Sie sprechen immer von einer Person. Warum diese Beschränkung? Die Uni Basel – an deren Modell

sich die Uni Bern anlehnt – hat ein ganzes Gremium berufen.

Wir lehnen uns im Verfahren ans Basler Modell an. Im Gegensatz zur Uni Basel sprechen wir in Bern aber von einer Ombudsperson im klassischen Sinn, die *ein* Gesicht hat und eben nicht mehrere. Wir wollen keine zusätzliche Kommission und keine Standesvertretung einsetzen. Es sollen sich alle Betroffenen an die gleiche Person wenden – was auch verfahrenstechnisch einfacher ist.

Ein mehrköpfiges Gremium hätte aber den Vorteil, dass beide Geschlechter vertreten wären.

Natürlich haben wir uns Gedanken darüber gemacht, ob es für eine Frau allenfalls schwieriger wäre, sich an eine männliche Ombudsperson zu wenden. Aber man muss aufpassen: Spezifische Fragen der Gleichstellung oder gar sexueller Belästigung sind keine Fälle für die Ombudsperson. Dafür gibt es andere Stellen und klare rechtliche Verfahren. Die Universitätsleitung ist der Auffassung, dass es keinen Sinn macht, nur aufgrund der Geschlechterfrage ein zweiköpfiges Ombudsgremium zu schaffen. Das widerspricht dem Grundgedanken der Ombudsperson, die eben für alle ansprechbar sein soll. Umgekehrt könnte man sich auch fragen, wie es für Männer ist, wenn eine Frau die Stelle besetzen sollte.

Welche Qualifikationen muss eine Anwärtin oder ein Anwärter für diese Stelle mitbringen?

Die Person muss mit der Universität Bern vertraut sein und über vermittelnde Fähigkeiten verfügen. Jemand der einen gesunden Menschenverstand hat und die Fähigkeit, auf Menschen und Probleme einzugehen. Das könnte bedeuten, dass eine emeritierte Persönlichkeit diese Funktion übernimmt.

Wie lässt sich feststellen, ob jemand diese menschlichen Qualifikationen mit sich bringt?

Ein Assessment dazu findet nicht statt. Aber wenn beispielsweise eine emeritierte Persönlichkeit dafür bekannt ist, gut zuhören zu können, hat er oder sie sicher schon mal gute Chancen.

Das Reglement hält fest, dass die Ombudsperson bei Befangenheit in den Ausstand tritt und eine Ersatzperson vorschlagen kann. Gibt es einen Kontrollmechanismus, der sicher stellt, dass dies auch passiert?

Ein direktes Kontrollinstrument gibt es nicht, weil die Ombudsperson eben nicht in die universitäre Hierarchie eingebunden ist. Die Ombudsperson muss aber jedes Jahr einen Bericht zuhanden des Senats vorlegen. Wenn der Senat zum Schluss kommt, dass das Amt nicht gut ausgefüllt wurde, wird die Person nicht mehr gewählt – vorgesehen ist eine jeweils zweijährige Amtszeit. Wir gehen aber in jedem Fall davon aus, dass die gewählte Ombudsperson über die erwarteten Qualitäten verfügen wird.

Welche Kompetenzen wird die Ombudsperson haben?

Sie kann zunächst auf die Betroffenen – im oben skizzierten Fall also auf den Vorgesetzten der Assistentin – zugehen, sodann Aussprachen organisieren, vermitteln und Empfehlungen aussprechen. Oft lässt sich wahrscheinlich schon im vermittelnden Gespräch eine Lösung finden.

Und Sie gehen davon aus, dass die Empfehlungen der Ombudsperson etwas bewirken?

Natürlich ist es für einen Professor, eine Professorin eine besondere Situation, wenn ihn oder sie eine aussenstehende Person zu einem bestimmten Ereignis befragt. Wahrscheinlich braucht es gelegentlich ein gewisses Umdenken. Die Ombudsperson ist auch Ausdruck einer gewissen Transparenz. Aber ich habe den Eindruck, dass die Schaffung einer solchen Stelle eine willkommene und nützliche Massnahme ist. In meinen Augen herrscht an der Universität Bern ein gutes bis sehr gutes Klima. Die Ombudsperson kann dazu beitragen, noch für Verbesserung zu sorgen.

An der medizinischen Fakultät und bei den Veterinärmedizinern (Vetsuisse) gibt es bereits Ombudspersonen. Welche Erfahrungen wurden dort gesammelt?

Zu Vetsuisse kann ich nichts sagen, weil die Stelle erst vor kurzem geschaffen wurde. An der medizinischen Fakultät gab es in einem Jahr vier Fälle, wovon zwei im Rahmen des Ombudsverfahrens gelöst werden konnten. In einem dritten zeichnet sich eine Lösung ab. Generell kann man also sagen, dass sich das Konzept bewährt.

Aufgrund dieser Erfahrungen kann man davon ausgehen, dass die Ombudsperson nicht mit Fällen überhäuft wird. Mit welchem Zeitaufwand rechnen Sie?

Es ist sicherlich keine vollamtliche Stelle. Wir rechnen mit einem zeitlichen Aufwand von 10 bis 20 Prozent, der pauschal entgolten wird.

Generell haben Ombudsstellen Hochkonjunktur. Woran liegt das? Haben die Arbeitskonflikte zugenommen?

Ich kann keine allgemeine Antwort darauf geben. Klar ist aber: Der Druck am Arbeitsplatz hat zugenommen und damit auch das Konfliktpotenzial. Andererseits sind die Arbeitgeber heute auch mehr bemüht, gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Das gilt auch für die Universität Bern. Die Ombudsperson soll dazu beitragen, dass die Angestellten ihre Aufgaben unbelastet erfüllen können. Aber sie kann nicht Garantin dafür sein, dass es keine Konflikte mehr geben wird.

Wann tritt die Ombudsperson der Uni Bern ihre Stelle an?

Das Reglement tritt am 1. Juli in Kraft. Sobald wir jemanden gefunden haben, wird die Person ihr Amt antreten. Abklärungen laufen bereits.

Kontakt: Christoph Pappa, Rechtsdienst der Universität Bern, christoph.pappa@uls.unibe.ch



Der Druck am Arbeitsplatz hat zugenommen und damit auch das Konfliktpotenzial.

Christoph Pappa

Ein Gespräch kann Wunder wirken: Erfahrungen anderswo

An der ETH Zürich gibt es seit sieben, an der Universität Basel seit sechs Jahren eine Ombudsstelle. Im Unterschied zu Bern sind diese Stellen aber mit mehr als einer Person besetzt – in Basel mit drei Männern und einer Frau (alle emeritiert), an der ETH mit zwei Männern. Die Ombudsstelle der Universität Basel hat jährlich mit rund 20 Fällen zu tun, die Mehrheit davon in den Naturwissenschaften. Die Ombudsstelle kann beispielsweise schlichten, wenn es zu einem Zerwürfnis zwischen einem Doktoranden und seinem Betreuer kommt oder in Fällen von abteilungsinternem Mobbing. Sie kann auch angerufen werden, wenn jemand ungebührlich lange auf die Korrektur seiner Dissertation warten muss. Manchmal genügt schon ein Gespräch. «Wir hatten einen Fall, bei der wir nach einem anderthalbstündigen Gespräch eine Forscherin fragten, wie wir ihr denn nun helfen können. Sie sagte: Gar nicht. Sie haben mir bereits geholfen», so Gremiumsmitglied Wilhelm Hill. Die Stelle kann auch zur Klärung oder Verbesserung von Rechtsgrundlagen beitragen. So etwa bei der Frage, wer das weitere Verwendungsrecht von Rohdaten hat, die ein ausscheidender Forscher erhoben hatte.

Ausländische Forschende

Dass die Basler Ombudsstelle vor allem mit Naturwissenschaftlern zu tun hat, erklärt Hill mit der Tatsache,

dass es dort viele ausländische Doktoranden und Post-Docs gibt. «Diese kommen aufgrund guter Empfehlungen aus ihren Heimatländern an die Universität Basel und genügen dann manchmal den fachlichen Anforderungen nicht.»

Auch an der ETH Zürich sind es oft ausländische Forschende, die sich an die Ombudsstelle wenden. «Wir haben viele ausländische Doktorierende, die nicht wissen, was sie in Zürich erwartet», sagt Hans M. Eppenberger, emeritierter Professor für Zellbiologie. Beispielsweise wüssten viele nicht einmal, dass in Zürich deutsch gesprochen werde und hätten keine Ahnung von den hohen Lebenshaltungskosten in der Schweiz. Oder die Anstellungsbedingungen seien nicht klar definiert worden.

«Vom Professor bis zur Putzfrau»

Eppenberger ist eine der beiden Ombudspersonen der ETH Zürich (die seit 1999 existiert). Er teilt sich die Aufgabe mit Dr. Eugen Teuwsen, der seit 1972 die Psychologische Beratungsstelle beider Hochschulen Zürichs leitet. Im letzten Jahr hatten die beiden über 80 Fälle zu bearbeiten. Das Spektrum reicht dabei laut Eppenberger «vom Professor bis zur Putzfrau.» Knapp die Hälfte der Fälle betreffen Doktorate oder universitäre Abschlussarbeiten. Bei den insgesamt 15 Departementen der ETH Zürich hat Eppenberger zwei «hot spots» festgestellt, nämlich Chemie und Informatik. Viele Fälle betreffen laut Eppenberger auch den «zwischenmenschlichen

Bereich» – dazu gehörten Mobbing, Gleichstellungsfragen, Differenzen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen. «Das hängt oft mit der Personalpolitik zusammen: Ich habe die Hochschulleitung schon vermehrt darauf hingewiesen, dass bei Berufungen die Leute auch auf Sozial- und Führungskompetenz geprüft werden sollten», sagt er.

Einzelne Querulanten

Rund die Hälfte der Fälle können mit einem Gespräch gelöst werden. «Wir verstehen uns als Mediatoren», betont Eppenberger. Wenn es die Betroffenen wünschen, suchen die Ombudspersonen den Kontakt zur Unileitung. In manchen Fällen werde auch der Rechtsdienst eingeschaltet. Manche Fälle können sich denn auch über ein Jahr hinziehen. Eppenberger sieht es als unverzichtbare Voraussetzung für seine Aufgabe an, dass er ein gutes Netzwerk hat und sich in der universitären Welt auskennt. Manchmal allerdings ist auch er mit seinem Latein am Ende: «Es gibt Einzelfälle, wo wir kapitulieren müssen. Bei Querulanten, uneinsichtigen Leuten.»

Typisch Untypisch

Die Universität braucht Originale. Kopien gibt es genug. Davon ist Edgar Braunschweig, Mac-Supporter bei den Informatik-Diensten, überzeugt. Er ist selber eines.



Von Marcus Moser

Der Motor brabbelt zufrieden und erstaunlich leise vor sich hin. Die Drehzahl im Leerlauf ist niedrig, so um 500 U/min. Edgar Braunschweig lächelt verschmitzt: «Der Auspuff wurde erneuert. Handarbeit. Die haben das sehr gut gemacht. Im Normalbetrieb tönt er recht leise, bei Last angenehm kernig.» Edgar Braunschweig hat Jahrgang 1953. Der Wagen ist älter. Genau sechs Jahre. Alfa Romeo, Freccia d'oro 6C, ein Sechszylinder mit zweieinhalb Liter Hubraum.

Am liebsten hätte Braunschweig statt eines Textes zur «Begegnung» eine Fotostrecke abgebildet: Die Alfa von allen Seiten, eine Abbildung des Motors, die Spielungen und Verzerrungen des Hauptgebäudes der Universität in den Rundungen des Wagens. Wer diesem Mann begegnen will, nähert sich ihm klugerweise über eines der geliebten Objekte: Den Wagen, das Fahrrad, den Mac-Computer.

Edgar Braunschweig kennt den Wagen, seit er auf der Welt ist. Der Vater hat ihn 1947 getestet und später gekauft. Automobilredaktor bei der «Automobil Revue», das war was, in diesen Jahren. Die begehrtesten Wagen standen regelmässig vor dem elterlichen Haus im Obstberg; zur Freude des Knaben und all seiner Schulkollegen. Edgar durfte auf der Vorderbank des Alfa sitzen und schalten, bevor er lesen konnte. Der Vater gab die Anweisung, kuppelte, der Sohn schaltete und kreischte vor Vergnügen.

Diese Geschichte hat Spuren hinterlassen. Moderne Autos findet Braunschweig langweilig. Sie sind ihm zu einfach zu fahren. «Moderne Autos sind gut, wenn

man gezielt irgendwo hin will. Aber dann kann man ja auch den Zug nehmen.» Ein in ökologischer Hinsicht schlechtes Gewissen hat Braunschweig nicht. Politische Korrektheit ist ohnehin nicht seine Sache. Braunschweig schaltet vom zweiten in den dritten Gang und meint: «Dieser Wagen ist ökologisch, rationell und inspiriert zu philosophischem Nachdenken.» Sagt es und schweigt. Erst die Nachfrage ergibt eine Erklärung. «Der Wagen ist seit fast 60 Jahren in Betrieb. Er wurde damals mit viel Know-How und Energieeinsatz produziert, seither haben wir ihn. Er ist gewissermassen ein fahrendes Statement gegen die Billigproduktions- und Wegwerfmentalität unserer Zeit.»

Edgar Braunschweig ist mit einem kurzen Unterbruch seit mehr als zwanzig Jahren an der Universität. Seit seiner Geburt lebt er in Bern. Schnelle Wechsel entsprechen nicht seinem Temperament. Ein erster Studienversuch in Mathematik und Philosophie wird dennoch rasch abgebrochen. «Die Philosophie hat mir bald nicht mehr gefallen. Das war mir zu abgehoben, im negativen Sinn zu akademisch.» Es folgt eine Zwischenzeit als Velomechaniker. «Ich habe damals von meinem Lehrmeister viel in Sachen Sparsamkeit gelernt. Der hat Dinge geflickt, die andere weggeworfen haben. Da habe ich meine Begeisterung für mechanische Dinge entwickelt.» Und die Liebe zu Fahrrädern vertieft. Mittlerweile besitzt er mehrere und benutzt sie täglich.

Zurück an der Uni beginnt Braunschweig ein Studium der Informatik. Wiederum wird es ihm bald zu theoretisch. «Ich habe fliegend gewechselt und wurde vom Informatik-Student zum Informatik-Supporter.» Das



macht Edgar Braunschweig mit grosser Befriedigung noch immer: Leute unterstützen in Sachen Informatik. Zusammen mit einer Kollegin ist Braunschweig für den Mac-Support an der Universität verantwortlich.

Informatik statt Mechanik? Für Braunschweig kein Widerspruch. Er nimmt eine Hand vom Lenkrad, gestikuliert. «Bei Mac-Rechnern gab es im Unterschied zu anderen immer eine Verschränkung von Funktion und Design. Die haben immer zuerst nachgedacht – und dann getan. Das in diesem Sinne handwerkliche Geschick ist spürbar.» Zurückschalten. «Aber Elektronik ist komplex und häufig unzuverlässig. Darum ist es mir in diesem alten Wagen wohl. Hier funkt keine Elektronik dazwischen.»

Er schätzt an der Uni die Freiheit in der Gestaltung der Arbeit, in der Gestaltung des Umfelds. Als eine ganz bestimmte Ausgestaltung von Freiheit ist Braunschweigs Büro legendär. Er lacht: «Meine Kollegin ermahnt mich periodisch, das Chaos zu ordnen. Aber dann kommen die nächsten drei Supportwünsche, und das Gemenge von Steckern, Kabeln, Tastaturen und Festplatten ist wieder da. Ich brauche ausserdem immer mehrere Computer für meine Arbeit.»

Das Wachstum der Universität in den letzten Jahren wurde für den Mac-Support direkt spürbar, die Arbeit hat sich verändert. «Früher waren wir viel unterwegs. Das hat mit der Möglichkeit zur Computerwartung aus Distanz abgenommen. Jetzt sind wir häufiger mit der Ausbildung der Administratorinnen und Administratoren beschäftigt.» Die Arbeit wird für Braunschweig dadurch

spannender: «Routinetätigkeiten haben abgenommen, abwechslungsreiche Projekte nehmen zu.»

Mac oder PC? Das ist für Braunschweig längst keine Gretchenfrage mehr. «Ich brauche immer wieder Windows-Maschinen. Es ist ja erstaunlich, wie in einem begrenzten Feld wie der Computerei so unterschiedliche Denk- und Handlungswelten entstanden sind.»

Das Auto fällt auf. Ein älterer Herr verwickelt Braunschweig auf dem Parkplatz in ein Gespräch. «Das passiert mir häufig. Die Leute haben Freude; gerade ältere Menschen erzählen gerne von ihren früheren Erlebnissen.» Und wieder kommt es zu einer braunschweig'schen Verallgemeinerung: «Gegen den Strom zu schwimmen ist nicht immer einfach, kann aber lohnend sein – und man hat weniger Konkurrenz.»

Selbstverständlich wird diese Erkenntnis von Edgar Braunschweig auch auf die Universität angewendet. Bei vielen Neuerungen fällt ihm eine «Tendenz zur Reglementierung» auf. Die Angleichung der Universitäten bei der Umsetzung der Bologna-Reform beobachtet er mit Skepsis: «Wir sollten nicht all das machen, was andere auch tun. Bei jedem Trend hat auch der Gegentrend seine Berechtigung.» Ein Grundsatz, dem der Mac-Supporter in seinem Arbeitsalltag folgt. «Man muss auch mal Nein sagen können. Nicht jeder Einfall ist es wert, sogleich umgesetzt zu werden. Ich scheue mich nicht, Nein zu sagen.» Das glaubt man ihm aufs Wort.

Kontakt: Edgar Braunschweig, Informatikdienste, bradi@id.unibe.ch

Kurt Laederach-Hofmann, PD Dr. med., Privatdozent für Innere Medizin, arbeitet am Inselspital Bern in der Klinik für Allgemeine Innere Medizin, Psychiatrische Poliklinik als Oberarzt. Er leitet dort die Sprechstunden für Essstörungen, Adipositas und Autonomes Nervensystem und ist gleichzeitig Leiter des Innovationsprogramms «Interdepartementale Adipositasbetreuung» am Inselspital. Er ist Mitglied des Sigmund-Freud-Zentrums Bern.
Das Sigmund-Freud-Zentrum Bern veranstaltet zum 150. Geburtstag von S. Freud während des ganzen Jahres eine Reihe von öffentlichen Anlässen: www.freud-zentrum.ch/Programme.

Die hier geäußerte Meinung muss nicht der Auffassung von Redaktion oder Universitätsleitung entsprechen.



Die Bedeutung von Sigmund Freuds Entdeckungen heute

Von Kurt Laederach-Hofmann

In der medizinischen Wissenschaft sind wir nach wie vor gewohnt anzunehmen, dass keine anderen als physikalisch-chemische Kräfte in unserem Körper wirken können. Diese vermögen jedoch nicht zu erklären, was den Menschen ausmacht. Während Sigmund Freud zu Beginn seiner Karriere einige Jahre damit verbrachte, die genannte Reduktion der Persönlichkeit in die Neurophysiologie zu bewerkstelligen – mit methodisch oftmals unzulänglichen Instrumenten, jedoch stets sehr kritisch und wissenschaftlich – musste er sich als gestandener Mann eingestehen, dass er den Beweis der Existenz der Psyche in der Materie nicht wird antreten können. Dazwischen wurde er zum wohl berühmtesten Psychologen und zu einem der grössten Denker und Philosophen unserer Geschichte.

Kaum ein Theoriegebäude hat das 20. Jahrhundert so bestimmt wie die von Sigmund Freud begründete Psychoanalyse. Nach Jahrzehnten, in denen Freud als intellektuell schick, aber als wissenschaftlich unerheblich galt, wird er nun für das naturwissenschaftliche Verständnis des Seelenlebens wieder interessant. Allemal wird deutlich, wie weit Freud seiner Zeit voraus war: In der Hirnforschung ist heute unbestritten, dass drei seiner Annahmen zutreffen. Nämlich dass das Unbewusste mehr Einfluss auf das Bewusste hat als umgekehrt; dass das Unbewusste in der Entwicklung zeitlich vor den Bewusstseinszuständen entsteht, und dass das bewusste Ich wenig Einsicht in die Grundlagen eigener Wünsche und Handlungen hat. Andererseits wird heute die für Freud elementare Bedeutung des Sexuallebens in der individuellen Entwicklungsgeschichte zugunsten einer breiteren Auffassung relativiert.

Antonio R. Damasio führt drei Gründe dafür an, wieso es zwischen Freud und der neuen Blüte der «Science of Emotion» ein schwarzes Loch von fast einem Jahrhundert gegeben habe: Erstens seien sexuelle Phantasien interessanter als die Analyse elektrochemischer Prozesse im Gehirn. Zweitens gebe es seit Descartes eine lange philosophische Tradition, Gefühlen nicht zu trauen und sie lediglich als Behinderung der rationalen Entscheidung zu sehen, und drittens habe bisher die Hirnforschung nicht über die notwendigen Instrumente verfügt, solche Fragen überhaupt wissenschaftlich anzugehen. Hinzu kommt, dass sein «Projekt», nämlich die bislang nicht in ihrer Ganzheit publizierten Artikel einer «Wissenschaftlichen Psychologie» (1885), heute die Grundlage für eine Forschungsaktivität der Gruppe um Mark Solms darstellen, der die Konzeption einer interdisziplinären Neurowissenschaft der Psyche weitverfolgt.

Das wäre die wissenschaftliche Seite von Freuds Theorie; aber wie steht es mit der therapeutischen? In unserer schnelllebigen Zeit sind psychotherapeutische Konzepte gefragt, die rasch zu Ergebnissen führen. Dennoch gibt es einen nicht unerheblichen Anteil von Patienten, deren Beschwerden sich erneut einstellen, die andere Symptome entwickeln und so die Nachhaltigkeit der heute gängigen Therapien in Frage stellen. In der Psychoanalyse bestand anfänglich die Hoffnung, «wo Es ist, soll Ich werden», oder – anders ausgedrückt – es lässt sich alles (oder wenigstens vieles) unserer unbewussten Regungen durch die Psychoanalyse verstehen. Heute sind wir diesbezüglich bescheidener geworden. Dennoch führt die «psychoanalytische Kur» weiterhin zu wilden Spekulationen über das Machbare an Änderungen im Menschen.

Dabei könnte sie ihren Stellenwert als ernstzunehmende Behandlungsmethode durchaus belegen. Doch weil der Patient als Mensch in der Psychoanalyse nicht nur Behandlungsobjekt, sondern auch Subjekt ist, müssten auch die Massstäbe der Bewertung psychoanalytischer Therapie der Art ihres Einwirkens angepasst werden. Psychoanalyse ist und bleibt etwas anderes als eine medizinische oder psychiatrische Therapie allein. Sie bindet den Patienten in die Beobachtung und Bewertung von Krankheitssymptomen mit ein und engagiert sich für die Freiheit und Entwicklung des Individuums. Da ist kein Platz für gute Ratschläge, für alleinige Bemessung durch den «naturwissenschaftlich neutralen Beobachter». Da geht es eher um das, was Einstein «die Relativität der Position des Beobachters» genannt hat – darum, dass je nach Standpunkt sich Veränderungen zeigen oder eben nicht – und darum, wie das betroffene Subjekt dies selber bewertet.

Wir stehen mit dem 150. Geburtstag von Freud also vor einer neuen Zeit, der Epoche der neuropsychologischen Erforschung menschlicher Motivation, der Gefühle, der Ausleuchtung der Persönlichkeitsdeterminanten, der Befindlichkeiten, der Begierden und Begehlichkeiten. Andererseits gibt es derzeit keine andere Therapieform, die den Menschen in seinem Leiden und seinen Chancen so ernst nimmt wie die Psychoanalyse. Lassen wir uns anstecken von Freuds kritischem und selbstkritischem Geist und beginnen wir, uns wieder essentielle Fragen zu stellen!

Kontakt: Dr. med. Kurt Laederach-Hofmann, Kurt.Laederach@insel.ch



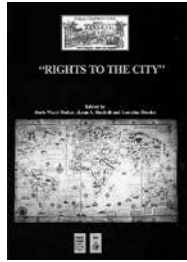


Engel, Teufel und Dämonen

Auf dem Esoterikmarkt der Gegenwart haben die Engel Hochkonjunktur. Gleichzeitig beschwören düstere Satanskulte ihre teuflischen und dämonischen Gegenspieler herauf. In diesen Beseelungsversuchen einer entzauberten Welt leben uralte Vorstellungen lichter und dunkler Geistwesen weiter. Dabei erscheint das Mittelalter als Sammelbecken der verschiedensten Traditionen, aus denen sich eine faszinierende Bilderwelt herauskristallisiert. Diesen Reichtum zu erschliessen, hat sich das Berner Mittelalter-Zentrum in einer Ringvorlesung zum Ziel gesetzt. Der grossenteils farbig illustrierte Sammelband enthält 14 Beiträge, die den Geistwesen in verschiedenen Religionen und Kulturkreisen, in Geschichte, Literatur, Musik und Kunst nachgehen. Der abschliessende Beitrag zu den Engelbildern Paul Klees öffnet als Hommage an den berühmten Berner den facettenreichen Band hin zur Moderne.

Engel, Teufel und Dämonen

Einblicke in die Geisterwelt des Mittelalters *Hubert Herkommer und Rainer Christoph Schwinges (Hrsg.)* – 2006. Eine Publikation des Berner Mittelalter-Zentrum (BMZ). 270 Seiten mit 79 Abbildungen, davon 47 in Farbe, gebunden, Fr. 68.–, Schwabe Verlag Basel, ISBN 3-7965-2027-8.



Rights to the city

Seit dem Mittelalter galt in Europa die Devise «Stadtluft macht frei» – frei nämlich von feudaler Herrschaft, repressiven Bräuchen und Sitten in ländlichen Gegenden und frei, neue Fähigkeiten und Ideen zu entwickeln. Die Migration in urbane Zentren setzt sich bis in die Gegenwart fort und schafft neue Formen der Staatsbürgerschaft. Die Städte unterliegen einem steten Wandel mit politischen, sozialen, wirtschaftlichen und juristischen Folgen. Der stetige Wandel führt zu einer zunehmenden Ungleichheit der verschiedenen sozialen Gruppen. Der Band «Rights to the City» versammelt 30 theoretische und empirische Beiträge aus verschiedenen Disziplinen, die im Rahmen einer Konferenz mit dem gleichnamigen Titel in Rom präsentiert wurden und endet mit einem Ausflug an die Stadtränder Roms.

Rights to the city

Wastl-Walter, Doris. Staeheli, Lynn. Dowler, Lorraine (Hrsg.) – 2005. Home of Geography publication series, volume III, Rom. 381 Seiten, broschiert., zu beziehen: Geographisches Institut, Tel. 031 631 88 62, CHF 35.– plus Versandkosten, ISBN 88-88692-08-8.



Jeremias Gotthelf – Wege zu einer neuen Ausgabe

Im 150. Todesjahr von Jeremias Gotthelf begannen die Herausgeber mit der historisch-kritischen Edition seiner nicht-literarischen Schriften, die den ersten Baustein zu einer historisch-kritischen Gesamtausgabe von Gotthelfs Werken bilden. Über das Ziel und mögliche Wege, Gotthelfs Gesamtwerk in seinem historisch-politischen Kontext zu edieren und zu kommentieren, berieten sich die Herausgeber mit erfahrenen Editions-spezialisten und Gotthelf-Forschern. Die hier versammelten Beiträge öffnen Wege zu einem neuen Bild Gotthelfs, in dessen erzählerisches Werk seine Erfahrungen als streitbarer Pfarrer, Schulreformer, Journalist und Kalendermann eingegangen sind.

Jeremias Gotthelf – Wege zu einer neuen Ausgabe

Barbara Mahlmann-Bauer und Christian von Zimmermann (Hgg.) 2006 – Beihefte zu editio. Band 24, XI, 303 S., Max Niemeyer Verlag Tübingen, CHF 131.–, ISBN 3-484-52924-5.



Vorschau Heft 130

Impressum

UniPress 129 Juni 2006
Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

Herausgeberin: Abteilung Kommunikation

Leitung: Marcus Moser (mm)

Redaktion: Marcus Moser (marcus.moser@kommunikation.unibe.ch); Astrid Tomczak-Plewka (astrid.tomczak-plewka@kommunikation.unibe.ch)

Mitarbeit: Bettina Jakob (bettina.jakob@kommunikation.unibe.ch);

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Joachim Eibach (joachim.eibach@hist.unibe.ch);

Kurt Laederach-Hofmann (Kurt.Laederach@insel.ch);

Claudia Michel (michel@giub.unibe.ch);

Thania Paffenholz (paffenholz@ipw.unibe.ch); Manu-

ela Reimann Graf (manuela.reimann@bluewin.ch);

Reinhard Schulze (reinhard.schulze@islam.unibe.ch);

Christoph Spurk (spu@zhwin.ch); Hans-Rudolf

Wicker (hans-rudolf.wicker@anthro.unibe.ch);

Bildnachweise: Titelbild, Bilder Seiten 1, 3, 4, 9,

10, 15, 18, 23, 26 und 33: © Annette Boutellier

Seite 20: © Bilderbox

Seite 22, Foto und Karte: Adrian Aebischer

Seite 25: FKI, Institut für Informatik und ange-

wandte Mathematik

Seiten 27, 29, 30, 31 und 32: © Stefan Wermuth

Seite 35: Astronomisches Institut

Gestaltung: 2. stock süd, Biel

(mail@secondfloorsouth.com)

Layout: Patricia Maragno (patricia.

maragno@kommunikation.unibe.ch)

Redaktionsadresse:

Abteilung Kommunikation der Universität Bern

Hochschulstrasse 4

CH-3012 Bern

Tel. 031 631 80 44

Fax 031 631 45 62

unipress@unibe.ch

Anzeigenverwaltung:

Go! Uni-Werbung AG

Rosenheimstrasse 12

CH-9008 St. Gallen

Tel. 071 244 10 10

Fax 071 244 14 14

info@go-uni.com

Druck: Stämpfli Publikationen AG, Bern

Auflage: 13500 Exemplare

Erscheint viermal jährlich,

nächste Ausgabe September 2006

Abonnenten: «UniPress» kann kostenlos abonniert werden bei unipress@unibe.ch

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck von Artikeln mit Genehmigung der Redaktion.

50 JAHRE STERNWARTE ZIMMERWALD

.....
An der Sternwarte Zimmerwald wurde Geschichte geschrieben: Paul Wild entdeckte hier den Kometen «Wild 2», der mit der Mission «Stardust» zu Weltruhm gelangt ist. Doch in Zimmerwald werden längst nicht mehr «nur» Sterne beobachtet: Vom Erdbeben in Asien über die zentimetergenaue Bestimmung von Satellitenlaufbahnen – es geschieht (fast) nichts rund um den Globus, das hier nicht registriert würde. Vor 50 Jahren hat die Sternwarte Zimmerwald ihren Betrieb aufgenommen. Das nächste UniPress ist der Jubilarin gewidmet und lässt diejenigen zu Wort kommen, die an diesem unscheinbaren Ort Spitzenleistungen vollbringen.

Università
della
Svizzera
italiana

Innovative Masters

Master information Session

21.06.2006, 16-17 Uhr
Saal Au premier,
Zürich HB

University of Lugano

Master information Service
Tel. +41 58 666 47 95
orientamento@lu.unisi.ch



Communication

MSc in Media Management
MSc in Communication Technologies
MSc in Communication for Cultural Heritage*
MSc in Education and Training
MSc in Institutional Communication

Economics

MSc in Finance*
MSc in Management*
MSc Economics, Institutions and Public Policies

Communication and Economics

MSc in Marketing*
MSc in Corporate Communication*
MSc in Financial Communication*
MA in International Tourism*

Informatics

MSc in Embedded Systems Design*

Architecture

MA in Architecture

* The language of tuition is English.

www.master.unisi.ch

swissuniversity.ch

100^{anni}
UNISI

Media-Consulting Aushang-Service Internet-Banner Messe-Service Mensa-Promotion

Werbung an Fachhochschulen und Universitäten in Europa

Go!

Studentenparty?

Betreiben Sie ein Projekt für Studenten?

Stellen Sie es uns vor!

Wir finden Ihren Werbepartner für:

- studentische Homepages
- Studentenparties
- Karriere-Messen
- Kulturelle Anlässe für Studierende
- Hochschulpublikationen
- Workshops für Studenten
- etc.

Go! Uni-Werbung AG
Rosenheimstrasse 12
CH-9008 St.Gallen
Tel: ++41 (0) 71-244-10-10
Fax: ++41 (0) 71-244-14-14
info@go-uni.com
www.go-uni.com

Auszug unserer Partner:



Go! Uni-Werbung AG ist eine spezialisierte Werbe-Agentur für Werbung an Fachhochschulen und Universitäten. Unsere Partner sind Universitäten, Fachhochschulen, Hochschulforschung, Verlage, Betreiber studentischer Zeitschriften, Studentenwerke, und viele mehr. Lassen Sie uns an Ihrem Projekt teilhaben.

Wir sind Ihr Link zur Universität Abteilung Kommunikation

Interessieren Sie sich für Aktivitäten der Universität Bern? Suchen Sie eine Expertin für ein Interview oder eine bestimmte Studie?

Die Abteilung Kommunikation ist das Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für alle Kommunikationsbelange der Universität Bern.

Wir geben Auskunft und vermitteln Kontaktpersonen. Wir sind die Anlaufstelle für Medienschaffende, Organisationen und Private.

Wollen Sie mehr wissen?

Sie finden uns im Hauptgebäude der Universität, Hochschulstrasse 4, 3012 Bern.

Unsere Öffnungszeiten während des Semesters sind Montag bis Freitag, 8.30 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 17.00 Uhr.

Telefon +41 (0)31 631 80 44
Fax +41 (0)31 631 45 62
kommunikation@unibe.ch

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website unter www.kommunikation.unibe.ch

u^b

b
UNIVERSITÄT
BERN



Sie denken
an Ihren
Studienabschluss.

**Wir auch
an Karriere-
möglichkeiten.**

Investment Banking • Private Banking • Asset Management

Wir setzen auf Nachwuchstalente, die anspruchsvolle Aufgaben mit Engagement angehen und ihre Karriere durch ein hohes Mass an Selbstverantwortung vorantreiben. Mit einem überdurchschnittlichen Studienabschluss, Ihrer überzeugenden Persönlichkeit und ausgeprägten sozialen Kompetenzen bringen Sie die besten Voraussetzungen für Ihre Karriere bei uns mit. Attraktive Career Start Opportunities erwarten Sie.
www.credit-suisse.com/careerstart

Neue Perspektiven. Für Sie.

CREDIT SUISSE 

Die Bank in allen Facetten kennen lernen

Stefanie Albert absolviert nach ihrem Wirtschaftsstudium das Graduate Training Program (GTP) im Credit Portfolio Management von UBS.

Sie sind direkt von der Uni zur Grossbank gekommen. War das nicht ein Sprung ins kalte Wasser?

Nein, denn während des GTP arbeitet man zwar selbstständig, kann aber immer nachfragen und bekommt Unterstützung, wenn man sie braucht.

Wäre bei einem kleineren Unternehmen der Einstieg nicht einfacher gewesen?

Nachdem ich nicht direkt, sondern über das GTP bei UBS einsteige, durchlaufe ich verschiedene Abteilungen und bekomme Einblicke in unterschiedliche Themengebiete. Dadurch gewinne ich auch in einer grossen Bank wie UBS einen guten Überblick.

Sie haben in Deutschland studiert. Warum haben Sie eine Stelle in der Schweiz gesucht?

Ich habe schon in New York und Kopenhagen gelebt und wollte unbedingt wieder ins

Ausland. So habe ich mich für die Schweiz entschieden. Bei UBS gibt es zahlreiche Möglichkeiten, im Ausland zu arbeiten. Die will ich unbedingt nutzen.

Was macht in Ihren Augen die Qualität des GTP aus?

Für mich ist es die Chance, die Bank in all ihren Facetten kennen zu lernen. Man bekommt einen guten Überblick, weil man mit GTP-Absolventen aus der ganzen Welt Kontakt hat. Dadurch bekommen die einzelnen Abteilungen ein Gesicht. Zudem wird das Programm durch ein umfassendes Ausbildungsangebot begleitet.

Warum würden Sie UBS als Arbeitgeberin und das GTP empfehlen?

Ich kann mich mit der Unternehmensphilosophie bei UBS gut identifizieren und arbeite in einem sehr motivierten Team. Mit dem GTP bekommt man zudem eine tolle Möglichkeit, von Anfang an ein gutes Netzwerk innerhalb der Bank aufzubauen.



Sind Sie interessiert an einem Karrierestart für Graduates?

Informationen über das Graduate Training Program (GTP) erhalten Sie unter www.ubs.com/graduates



**Your exceptional talent drives our success.
It starts with you.**

What keeps UBS at the forefront of global financial services? Your skills, commitment and ambition to be the best. Our innovation comes from your creativity and appetite for challenge. The ideas you share with colleagues help develop the products and services that sustain our market leadership positions across Europe, the Americas and Asia Pacific. A dynamic and diverse environment provides you with every opportunity to fulfill your potential and further our achievements. Industry-leading training programs help you to hit the ground running. How far you go is up to you.

Find out more about graduate opportunities and life at UBS at www.ubs.com/graduates

You & Us

